Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

17.2.1892 (No. 38)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 38. Mittwoch, den 17. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 13. Februar.

Die heutige Reichstagssitzung verlief ruhiger als die gestrige, obschon bei der Weiterberathung des Etats der Reichseisenbahnverwaltung die Schienenflickereien und Stempelfälschungen zur Sprache gebracht wurden. Es war das wesentlich der weisen Zurückhaltung der Parteigenossen des Herrn Baare zu verdanken, die sich doch nicht allzu eifrig für ihn in's Feuer stürzen wollten.

Angeschnitten wurde das Thema von dem Abg. Bebel, wie er schon gestern angekündigt hatte. Er ging davon aus, daß in der Uebersicht über die Ergebnisse der Submissionen auf Eisenbahnschienen so wenig ausländische Fabrikanten als Mitbewerber auftraten und daß die deutschen Industriellen vom deutschen Reiche weit höhere Preise forderten und erhielten als vom Auslande. Würde das Reich mehr Lieferungen an's Ausland vergeben, so würde man nicht nur am Preise sparen, sondern auch eine erhebliche Zolleinnahme haben. Die deutschen Industriellen aber bildeten nicht nur Ringe und lieferten zu Schleuderpreisen an's Ausland, sondern verlangten, um das noch mehr zu erleichtern, außerdem Ermäßigung der Gütertarife, während die ausländischen Werke auch durch die Tarifgestaltung zurückgehalten würden. Und dabei habe die Verwaltung nicht einmal die Sicherheit, daß sie für ihr schweres Geld von den deutschen Werken gutes Material erhalte. Bebel schilderte nun die bekannten Vorkommnisse auf dem Stahlwerke zu Osnabrück und die Manipulationen auf dem Bochumer Werke unter Bezugnahme auf die Enthüllungen der „Westfälischen Volkszeitung". Das Reich sei also stark beschwindelt worden. Das Sonderbarste aber sei, daß dieser Baare am 5. Mai v. J. als Zeuge ausgesagt habe, daß geflickte Schienen überall mitliefen. Er sei überzeugt, daß auf dem Werke des Freiherrn v. Stumm so etwas nicht vorkomme, aber dieser habe allen Grund dagegen noch ausdrücklich zu protestiren. Der Redner versuchte dann nachzuweisen, daß Baare sich eines Meineids schuldig gemacht habe, und fragte schließlich, was die Eisenbahnverwaltung gethan habe, um sich vor solchen Betrügereien zu schützen. Dem Treiben dieser Leute, die sich als die Vertheidiger der heutigen Gesellschaftsordnung aufspielten und auf die Socialdemokratie als Abschaum der Menschheit herunterblickten, dabei aber den Staat und die Gesellschaft erheblich beschwindelten, müsse ein Ende gemacht werden.

Bundeskommissär Kienel erklärte, an Submissionen könne sich jeder betheiligen. Das Bochumer Werk habe sich auch betheiligt und da die sehr eingehende Untersuchung aller seit 1868 vorgenommenen Schienenbrüche nichts gegen dasselbe ergeben habe, so habe nichts vorgelegen, um ihm den Zuschlag zu versagen. Der Schienenstempel habe nicht die Bedeutung, die man ihm beilege, denn es würden noch spezielle Proben in den eigenen Werkstätten gemacht und die Schienen, wenn sie an Ort und Stelle geliefert seien, noch einmal geprüft.

Der nationalliberale Abg. Schneider (Hann.) hielt sich für verpflichtet, Verwahrung dagegen einzulegen, daß der Reichstag sich als Gerichtshof konstituire, um einem Manne, gegen den ein verurtheilendes Erkenntniß eines ordentlichen Gerichts nicht ergangen sei, nachzusagen, daß er betrogen und geschwindelt habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Was sei denn erwiesen? Auf bereits verjährte Fälle könne die Untersuchung gar nicht erstreckt werden. Nur aus diesem Grunde könne die Erhebung der Anklage gegen Baare abgelehnt sein. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Es entspreche der Billigkeit und Gerechtigkeit, das Ergebniß des Verfahrens abzuwarten.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) verwies auf seine bekannte Ansprache an seine Arbeiter, in der er vor verwerflichen Manipulationen warnte. Der Arbeiter habe ja ein ganz besonderes Interesse, solche Dinge zu treiben, da ihm für nicht vorschriftsmäßig hergestellte Waaren der Lohn verkürzt oder gestrichen werde. Das sei nothwendig, weil durch die Unachtsamkeit beim Schweißen die meisten Fehler hervorgerufen würden. Bei ihm werde für Schienen, die zwar noch für Nebengeleise verwendbar seien, aber den strikten Anforderungen nicht entsprächen, der halbe Akkordlohn bezahlt. Vor 5 Jahren habe er durch Entlassung von Obermeistern des Stahlwerks, die durch Unterschieben einer phosphorfreien Probe die Ehre des Werkes und die Sicherheit des Betriebes auf's Höchste gefährdet hatten, ein abschreckendes Beispiel für alle Zeiten gegeben. Das beweise aber, daß der Ausspruch Baare's: „solche Dinge kommen auf allen Werken vor", den Sinn nicht habe, den man ihm unterschiebe. Auf's Schärfste sei es zu verurtheilen, wenn derartige Dinge irgendwo längere Zeit vorkommen könnten, ohne daß die Direktion einschreite. (Sehr richtig! links.) Bei den Schienen kämen auch häufig kleine Schönheitsfehler an den Füßen vor, bei denen die meisten Kommissionen ein Zuhämmern auf kaltem Wege gestatteten. In diesem Sinne gebe er zu, daß auch bei ihm geflickte Schienen vorkämen, natürlich nicht solche mit gekitteten Stellen. Wo bei ihm geflickt werde, geschehe es öffentlich unter Aufsicht der Kommissionen. Der Redner suchte dann die verschiedenen Preise, die sein Werk für Schienen gefordert, zu rechtfertigen. Die Werke stünden vor der Wahl, an das Ausland zu liefern oder ihre Arbeiterzahl zu verringern. Vielfach würden deutsche Werke bei ausländischen Submissionen nicht zugelassen, das sei für den Staat auch zu berücksichtigen bei Ertheilung des Zuschlags. Schließlich führte der Redner aus, daß der Kohlenring keine Berechtigung mehr habe, und der Staat durch Aenderung der Tarifpolitik der künstlichen Kohlenvertheuerung entgegentreten müsse.

Abg. Dr. Hitze erklärte, auch das Centrum sei der Ansicht, daß in der Baare'schen Angelegenheit die gerichtliche Entscheidung abgewartet werden müsse. Er wünsche aber, daß die Nationalliberalen die gleiche Rücksicht nach anderer Seite hin wahrten und nicht Urtheile fällten, wie es gestern der Abg. Möller über die Vorbestrafungen Fusangels gethan. Jedenfalls habe die Sache so viel Staub aufgewirbelt, daß sie durch ein Gerichtsverfahren klargestellt werden müsse. Bei der Staatsanwaltschaft solle die Sache nicht stecken bleiben. Sei die Sache so, wie sie dargestellt worden, dann sei es gerade im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft nothwendig gewesen, den Mißständen zu Leibe zu gehen. Er würde sich freuen, wenn sie nicht vorhanden wären.

Abg. Bebel war von der Erklärung des Regierungskommissärs überrascht, daß er die jetzt geübte Kontrole für so vorzüglich halte, nehme sich gegenüber den vorgekommenen Betrügereien doch sonderbar aus. Man solle den, der betrogen und geschwindelt habe, von der Submission vorweg ausschließen. Den Frhr. v. Stumm bekämpfe er zwar als politischen Gegner und Despoten gegen seine Arbeiter, halte ihn aber für einen ehrlichen Mann. Den Reichstag habe er nicht als Gerichtshof angerufen. Der Abg. Schneider sollte sich doch angesichts der Ergebnisse des Bochumer Steuerprozesses seines Parteigenossen Baare etwas weniger warm annehmen. Warum erhebe Baare nicht die Verleumdungsklage gegen Fusangel wegen der neulichen Behauptungen desselben. Läge nur der zehnte Theil des Verdachts wegen Meineid gegen einen socialdemokratischen Arbeiter vor, von dem gegen Baare, so säße er schon im Gefängniß und wäre der Verurtheilung sicher. Hier zeige sich wieder, daß „Gleiches Recht für Alle!" eine Phrase sei.

Bundeskommissär Kienel erklärte, daß er Werke, die die Reichseisenbahnverwaltung betrogen, nicht kenne. Das liefernde Werk müsse in jedem Falle eine mehrjährige Garantie übernehmen. Es sei absolut unverständlich, wie wir die Sicherheit im Betriebe haben könnten, die wir haben, wenn wirklich in der von Bebel geschilderten Weise verfahren werde.

Schließlich versicherte der Abg. Schneider noch, es habe ihm nichts ferner gelegen, als Baare als Parteigenossen zu vertheidigen. Werde derselbe verurtheilt, so werde er in der moralischen Verurtheilung des Mannes hinter Bebel nicht zurückstehen.

Weiter gab der Etat zu Debatten keinen Anlaß. Sodann wurde noch eine Anzahl Petitionen erledigt.

Montag: Militäretat.

Berlin, 15. Februar.

Der Reichstag berieth den Militäretat. Abg. Richter (freis.) wünscht eine Beschränkung des Waffengebrauchs der Wachtposten. Generalmajor v. Goßler erwidert, das Gesetz sehe vier Fälle für die Anwendung der Waffen vor, die Instruktion habe sich gut bewährt. Abg. Singer (Soc.) spricht gegen die Straßensperren bei militärischen Schaustellungen. Abg. Richter begründet seine Resolution gegen die Einziehung der Einjährig-Freiwilligen zu Landwehrübungen nach dem 32. Lebensjahr wegen zu späten Eintritts in Folge eigener Verschuldung. Die Resolution wurde angenommen, ebenso die Resolution der Kommission über die Reform der Militärstrafprozeßordnung und des Beschwerderechts.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar.

Großen Rumor macht die im gestrigen Blatte mitgetheilte Rede des freikonservativen Großindustriellen Freiherrn v. Stumm, die er im Reichstag über die Socialdemokratie gehalten, die man als erstes Anzeichen von neuen Unterdrückungsmaßregeln gegen die Socialdemokratie betrachtet. Bestellte Arbeit soll die Rede des Freiherrn v. Stumm gewesen sein. So wurde es ihm schon im Reichstag von Freisinnigen und Socialdemokraten entgegengerufen. Wenn er hierauf nichts erwiderte, so braucht das noch keine Bestätigung der Behauptung zu sein. Es könnte ihn ja auch geschmeichelt haben, seinen Worten eine so große Tragweite beigelegt zu sehen. Seine Ansichten über Socialdemokraten und Socialistengesetz sind ja bekannt; es war daher an sich nicht befremdend, daß er die günstige Gelegenheit wahrnahm, sie nochmals vorzutragen. Auch von Herrn v. Kardorff (konservativ) und von Herrn v. Helldorff (konservativ) weiß man längst, daß sie das Socialistengesetz für ein Werk hoher socialpolitischer Weisheit halten; Herr v. Kardorff hat das noch bei der ersten Lesung des Volksschulgesetzes bekundet. Es befremdet uns deshalb nicht, daß Beide Herrn v. Stumm beisprangen. Wäre die Rede bestellte Arbeit, so müßte sie doch wohl von der Regierung „bestellt" sein. Wir hatten aber bisher noch nicht bemerkt, daß diese sich nach dem Socialistengesetze zurücksehnte. Wir wüßten auch nicht, aus welchem Grunde die Regierung die Aufhebung des Socialistengesetzes nach 1½ Jahren schon bedauern sollte. Alle Unbefangenen sind der Ansicht, daß der Socialdemokratie damit ein Hauptwerkzeug für die Propaganda entzogen worden ist und sie seit dem Oktober 1890 keineswegs die Fortschritte gemacht hat, die sie bei Fortdauer des Gesetzes erfahrungsgemäß gemacht haben würde.

— Der Kaiser benachrichtigte den Staatssekretär Dr. Bosse, daß er der Sitzung der Kommission zur Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches beizuwohnen wünsche. Die Kommission hat heute schon den Besuch des Monarchen erwartet.

— Der Reichskanzler v. Caprivi ließ eine Einladung an Landtagsabgeordnete zum parlamentarischen Essen für den 17. Februar ergehen. Dem Vernehmen nach nimmt auch der Kaiser an dem Essen theil.

— Die Volksschulkommission diskutirte den § 14: Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse, zu welchem die Nationalliberalen, Freikonservativen und Freisinnigen wesentlich übereinstimmend beantragen, daß die Errichtung neuer Volksschulen an die Zustimmung der Gemeinde zu knüpfen sei. Im Verlaufe der Debatte tadelte der Abg. Rickert das Verbot der Regierung in Frankfurt a. O., nach welchem sich die Lehrer jeder Agitation über das Volksschulgesetz enthalten sollen, als ungesetzlich. Er werde im Plenum die Entfernung der Religion aus der Schule und die Ueberweisung des Religionsunterrichts an die Kirche beantragen, wie dies in Baden der Fall sei. Der Kultusminister erklärt, das Verbot der Regierung in Frankfurt a. O. sei ihm unbekannt; er habe gestern selbst eine Berliner Lehrerdeputation empfangen, welche allerdings der Ansicht Rickert's entgegengesetzt das für die Gemeinde geforderte Recht nicht verlange. § 15 in der Fassung der Vorlage entspreche den Synodalbeschlüssen. An der Debatte betheiligten sich außerdem die Abgg. Wessel und Ritter (freik.), v. Heydebrand, von der Lasa (kons.) und Danzenberg. Der Kultusminister bemerkte über die Simultanschulen, er wünsche dieselben, wo sie sich bereits eingelebt und das Vertrauen der Bevölkerung und der Konfessionsangehörigen erlangt haben, nicht zu beseitigen.

— Der deutsche Innungs- und Handwerkertag wurde heute eröffnet. Ueber 2000 Delegirte sind angemeldet. Schornsteinfeger-Obermeister Faster-Berlin wurde zum ersten Vorsitzenden, Bildhauer Biehl-München zum zweiten ernannt. Faster eröffnete die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Der Minister Graf von Caprivi, v. Bötticher und Frhr. v. Berlepsch haben Entschuldigungsschreiben eingesandt. Die konservative Partei ist vertreten durch die Abgg. Hahn und Stöcker, das Centrum durch den Abgeordneten Hitze und andere. Regierungsrath Messerschmiedt begrüßt die Versammlung im Namen des Polizeipräsidiums. Obermeister Beuter-Berlin berichtet über den Verlauf und das Ergebniß der Handwerker-Konferenz vom 15. bis 17. Juni 1891. Die damalige Aeußerung des Unterstaatssekretärs von Rottenburg, „dann mögen die Handwerker Socialdemokraten werden", erregt einen Sturm des Unwillens. Abg. Hitze mahnt zum Aushalten, das Centrum werde treu zu den Handwerkern halten. (Jubelnder Beifall.) Abg. Stöcker spricht Aehnliches. (Anhaltender Beifall.)

— Beschwerdewesen beim Militär. Bei den Erörterungen über den Erlaß des Herzogs Georg wurde von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß es ja dem Soldaten freistehe, sich zu beschweren, wenn er mißhandelt werde. Gerade hier aber stößt man auf einen sehr wunden Punkt; denn wie es mit diesem Beschwerdeführen nur zu oft in Wirklichkeit geht, dafür lieferte eine Verhandlung vor dem Militärbezirksgericht in München einen Beleg. Der „Frankf. Ztg." wird darüber aus München geschrieben: „Ein Soldat des hiesigen schweren Reiterregiments hatte sich beschwert, daß er von seinem Sergeanten durch übermäßiges Ueben der Kniebeuge und einen schmerzhaften Stoß ins Kreuz mißhandelt worden sei. Später gab er an, nach Erstattung der Meldung habe er beim Exerciren vom gleichen Sergeanten zwei Ohrfeigen erhalten. Die mitexercirenden Soldaten sagten jedoch bei ihrer Vernehmung aus, daß sie nichts von Ohrfeigen wüßten, und der Soldat nahm dann seine Beschwerde selbst zurück, indem er angab, er habe keine Ohrfeigen erhalten und nur so gesagt, um sich an dem Sergeanten für zu strammes Exerciren zu rächen. Natürlich wurde jetzt das Verfahren gegen den Soldaten wegen verleumderischer Beleidigung eingeleitet. Als er in der Gerichtsverhandlung sah, daß die Sache schief für ihn stehe, hielt er die Behauptung von den erhaltenen Ohrfeigen wieder aufrecht und benannte drei Soldaten als Thatzeugen. Diese wurden sofort herbeigeholt und bestätigten die Angaben des angeklagten Soldaten. Auf Befragen, warum sie früher geleugnet, von den Ohrfeigen etwas zu wissen, gaben sie als Grund Furcht vor dem Sergeanten an. Auch der angeklagte Soldat begründete die seinerzeitige Zurücknahme seiner Anzeige mit Furcht vor dem Sergeanten. Der Angeklagte wurde unter diesen Umständen freigesprochen, und gegen den Sergeanten wird nun das Verfahren wegen Soldatenmißhandlung eingeleitet.

Waldenburg (Schlesien), 15. Febr. Mehrere Grubenverwaltungen entließen wegen Arbeitsstockungen eine erhebliche Anzahl ihrer Arbeiter. Die Fürstlich Pleß'sche Grubenverwaltung ließ die Schichten verkürzen.

Im Sturme geläutert.

36) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Inzwischen gingen die Ereignisse am Thorwege ihren Gang; auf die Aufforderung des Prokurators reichte der Kammerdiener der Baronin Korff den Paß hinaus in welchem alle einzelnen verzeichnet standen.

„Das hier sind meine beiden Töchter," sagte die Baronin Korff, „Amelie und Aglae; hier ist Madame Rochet deren Gouvernante, die beiden Lakaien Melchior und Balthasar befinden sich hinten auf dem Bedientensitze, und der Kutscher St. Jean sitzt oben auf dem Bock."

„Und der Herr hier auf dem Vordersitz ist ihr Kammerdiener Durand," sagte ergänzend der Prokurator.

„So ist's, mein Kammerdiener und Major Durand."

„Die Sache ist ganz in Richtigkeit; so steht es im Passe," bemerkte der Prokurator. „Es ist nur noch die kleine Formalität einer Verificirung des Signalements zu vollziehen; dann steht Ihrer Weiterreise nichts mehr im Wege, Frau Baronin! Wollen Sie die Güte haben, uns mit den Ihrigen in das Wirthshaus zum „goldenen Stern" zu folgen, wo das bequemer abgemacht werden kann, als hier."

Der Kammerdiener erhob sich um der erhaltenen Aufforderung zu folgen. Im Nu waren Bediente und Kutscher von ihren Sitzen, um ihm beim Aussteigen behilflich zu sein. Drouet und der Maire wechselten einen Blick des Einverständnisses über diese Zuvorkommenheit des Dienstpersonals. Darüber entging ihnen allerdings, daß der Kutscher mit der Hand in die Brusttasche seines Rockes gefahren, und dabei einen fragenden Blick auf den Kammerdiener geworfen, und daß dieser darauf ganz unmerklich mit dem Kopfe geschüttelt. Darauf hatte der Kutscher die Hand wieder aus der Tasche gezogen.

Nach dem Kammerdiener verließ die Gouvernante der beiden Kinder die Berline, und die Baronin reichte ihr dieselben zum Schlage hinaus. Endlich folgte die Baronin selbst, und die ganze Gesellschaft begab sich nun, immer der Kammerdiener an der Spitze, in das am Thorwege liegende Wirthshaus zum „goldenen Stern." Drouet, der Prokurator Sauce und der Maire Georges folgten; Leblanc zündete eiligst alle Lichter an, die er im Hause hatte, ein Posten Nationalgarde unter dem Befehle des jungen Leblanc, der die Stellung eines Sergeantmajor bekleidete, bewachte den Zugang.

Als alle in dem Zimmer waren, fragte der Kammerdiener, was man verlange; die Behörden möchten ihres Amtes walten, aber seine Gebieterin die Frau Baronin von Korff wünsche nun endlich ihre Reise weiter fortzusetzen.

„Diesem Verlangen steht nichts im Wege," antwortete der Prokurator kühl: „Ebenso können auch die Lakaien ihre Reise fortsetzen. Was aber Sie, die Kinder der Frau Baronin und deren Gouvernante anlangt, so haben wir über die Identität ihrer Personen Zweifel, und wir werden Sie deßhalb so lange unter Bewachung hier halten, bis die Aufschlüsse, welche wir über Ihre Personen einfordern werden, uns geworden sind."

„Und wie lange wird das währen?" fragte der Kammerdiener.

„Bis ein Eilbote nach Paris reiten und wieder zurückkommen kann."

„Und was flößt Ihnen an meiner Person Bedenken ein?" fragte der Kammerdiener sich mit Würde aufrichtend.

„Es ist kein Bedenken mehr: Sie sind nicht der Kammerdiener Durand, sondern Seine Majestät der König der Franzosen."

„Nun dann, wenn ich der König der Franzosen bin, dann befehle ich Ihnen, uns die Bahn zu öffnen."

„Dann, Majestät," bemerkte Drouet, werden Sie im Handumdrehen wieder zum Kammerdiener Durand."

„Spielen Sie nicht meine Herren," bemerkte ruhig der angebliche Kammerdiener, während die Gouvernante sich auf die Baronin Korff stützte. „Bin ich der Kammerdiener Durand, dann haben Sie kein Recht mich zu halten. Sie haben meine Legitimation gesehen: was wollen Sie von mir? Bin ich der König der Franzosen, dann bin ich Ihr Herr und Sie haben mir zu gehorchen, aber keine Anforderungen an mich zu stellen."

„Aber warum der König der Franzosen bei Nacht und Nebel unter der Maske eines Kammerdieners nach der Landesgrenze fährt, an welcher seit Wochen Truppenanhäufungen stattfinden und wo sich die Feinde und Blutsauger des französischen Volkes befinden, danach fragen wir, und der Nothwendigkeit gegenüber sind wir, um unser Recht zu fragen, nicht sonderlich verlegen."

Mit diesen Worten hatte sich der Postmeister Drouet an den Kammerdiener gewendet, der ihm einen flammenden Blick zuwarf.

„Sie glauben," rief er entrüstet, „ich könne mit dem Auslande gegen Frankreich konspiriren?"

„Ew. Majestät gestehen also zu, der König zu sein?" bemerkte der Maire rasch.

Einen Augenblick schwieg der Kammerdiener betroffen. Dann sagte er ruhig: „Wozu das noch leugnen; ich habe nichts gethan, dessen sich der König der Franzosen zu schämen hätte!"

Zwei Minuten herrschte das tiefste Schweigen.

Nur die Schläge der Sturmglocke tönten immer noch fort. Man hatte jetzt den König wegen dessen Varennes und die ganze Umgegend alarmirt worden, und nun wußte keiner der Anwesenden, was er eigentlich mit demselben anfangen, wie er sich gegen ihn verhalten sollte.

Der Postmeister Drouet, welcher den Lärm in Scene gesetzt, fand auch zuerst wieder Worte.

„Sire," bemerkte er mit einer offenbar erheuchelten Ruhe. „Sie gestatten, daß wir Sie nach Paris zurückgeleiten."

„Aber ich will nicht nach Paris," antwortete der König mit ruhiger Würde; „wer gibt Ihnen das Recht, mir meinen Weg vorzuschreiben?"

„Gestatten mir, Ew. Majestät zu bemerken," sagte jetzt der Maire, der auch zu den Deputirten des Departements gehörte: „die Nationalversammlung hat einen Beschluß gefaßt, in Gemäßheit dessen der König sich ohne ihre Zustimmung nicht über zwei Meilen von Paris entfernen darf."

„Das war damals, als man zu anderen Beleidigungen meiner Person die gewaltsame Verhinderung meiner Reise nach St. Cloud beifügte. Ich erinnere mich nicht, diesem Beschlusse meine Zustimmung ertheilt zu haben."

„Sire," mischte sich nun der Prokurator Sauce ein, „wir haben kein Recht, darüber zu entscheiden. Das kann nur die Nationalversammlung, und deshalb müssen Ew. Majestät gestatten ..."

„Ich muß?" fragte der König voll Hoheit.

Statt aller Antwort wies der Prokurator mit einer Handbewegung auf die offene Thüre, welche von bewaffneter Nationalgarde besetzt war.

„Dann habe ich nur noch gegen diese Gewaltthat Protest zu erheben," entgegnete der König. „Die Folgen auf Ihren Kopf. Wer sind Sie? Welches Amt bekleiden Sie hier?"

„Ich bin der Prokurator Sauce," antwortete dieser in gemessenem Tone, „und dieses hier ist der Herr Maire Georges von Varennes."

„Und ich bin der Postmeister Drouet von Ménehould," antwortete dieser auf einen fragenden Blick des Königs.

Rasche Schritte näherten sich. Ein Offizier der Nationalgarde trat bestürzt ein: „In der Unterstadt sind Dragoner eingerückt. Sie kommen bereits über die Brücke!"

„Hinter die Barrikade am Thorwege!" rief Drouet und eilte hinaus.

Einer der angeblichen Lakaien flüsterte dem König zu: „Ich kenne eine Furth im Aire; wir schlagen uns im Getümmel durch!"

„Halt!" rief der König laut: „um mich soll kein französisches Blut fließen!"

Er wollte hinaus, die Bayonette der Nationalgarde senkten sich ihm entgegen.

In demselben Augenblicke erscholl draußen ein Getöse; nicht ein Getöse des Kampfes, es schien mehr der Ausbruch eines unerwarteten Jubels zu sein ... die Dragoner hatten mit der Nationalgarde fraternisirt.

(Fortsetzung folgt.)

Bochum, 15. Febr. Kommerzienrath Baare theilt im „Märkischen Sprecher" mit, er habe beim Justizminister beantragt, die Voruntersuchung schleunigst gegen ihn zu eröffnen, damit er sich rechtfertigen könne.

Saarbrücken, 15. Febr. Der Grubenarbeiterausschuß der fiskalischen Bergwerke richtet eine Petition an den Landtag um Gewährung der Achtstundenschicht, Aenderungen im Knappschaftswesen und theilweise Lohnerhöhungen.

Ausland.

Wien, 15. Febr. Der Finanzminister bringt demnächst eine Vorlage über Steuerreform ein.

Bern, 15. Febr. Die Schlußverhandlungen über den Handelsvertrag mit Italien werden von den beiderseitigen Abgeordneten in Zürich wieder aufgenommen, sobald die unerledigten Fragen auf diplomatischem Wege grundsätzlich erledigt sind.

Paris, 15. Febr. Bei dem Wiederbeginn der Kammersitzungen am Dienstag werden boulangistische Tumulte befürchtet. Die nöthigen Vorkehrungen sind getroffen.

Brüssel, 15. Febr. Am gestrigen Jahresfeste des Vereins ehemaliger Unteroffiziere betonte der frühere General Vandersmissen die Nothwendigkeit der allgemeinen persönlichen Wehrpflicht; diese habe die deutsche Armee auf eine Höhe gebracht, welche er als Vertreter Belgiens bei dem Manöver des 14. Armeekorps bewundert habe. Die Rede veranlaßt lebhafte Erörterungen in der Presse.

Rom, 15. Febr. Der Papst hat wegen der Trauer um Msgr. Boccali die Audienzen ausgesetzt.

Etwa tausend Arbeitslose sind heute bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt worden. Gegen etwaige Ausschreitungen sind seitens der Behörden Maßnahmen getroffen; die Truppen wurden in den Kasernen konsignirt.

Der „Riforma" wird aus Massaua gemeldet: Menelik wies die Abgesandten des Ras Mangascha zurück und erklärte damit an Tigre den Krieg. Die Häuptlinge von Tigre sind entschlossen, sich der Invasion der Abessynier zu widersetzen. Nach weiteren aus Massaua eingegangenen Nachrichten kam es zum Kampfe zwischen Abdalla vom Stamme der Saggara und dem das Khalifat erstrebenden Sherif, letzterer habe Erfolge gehabt.

Lissabon, 14. Febr. Die Deputirtenkammer hat heute den am 30. Januar Seitens der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Sanirung der Staatsfinanzen in erster Lesung angenommen.

Athen, 14. Febr. Kammer. Die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe betreffen die Einführung des Tabakmonopols; die Erhöhung der Einfuhrzölle für fast alle Artikel um 15 Proc. der Accise; Einführung des Zehnten auf Zugthiere. Die Vermehrung der Einnahmen dadurch wird auf 16 Mill. geschätzt. Hierdurch erhofft man die Sicherung der Kouponzahlungen zu erreichen.

Baden.

Karlsruhe, 16. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 31. d. J. gnädigst geruht, dem Rechnungsrath Adam Seelig bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zum Revisionsvorstand zu ernennen; ferner dem Geh. Oberregierungsrath und vortragenden Rathe im Reichseisenbahnamte Dr. Gerstner in Berlin die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, verliehenen Komthurkreuzes mit Stern des Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Franz-Josef-Ordens zu ertheilen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 13. ds. Mts. wurde Revisionsassistent Joh. Speicher bei Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zum Revisor ernannt.

Karlsruhe, 15. Febr. Gestern Vormittag nach dem Gottesdienst empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Kaiserlichen Kreisdirektor in Bolchen, Grafen von Villers. Nachmittags 3 Uhr nahm Höchstderselbe an der Trauerfeier im Justizgebäude theil, welche am Sarge des verstorbenen Geh. Raths Dr. Geyger, Präsident des Oberlandesgerichts, stattfand.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geh. Raths Frhrn. v. Ungern-Sternberg und darnach des Staatsminister Dr. Turban entgegen und empfing hierauf den Oberstthallmeister von Holzing. Nachmittags hörte der Großherzog die Vorträge des Majors Frhrn. von Lüdinghausen genannt Wolff und des Legationsraths Dr. Frhrn. v. Babo.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. In einer Korrespondenz der „Frkf. Ztg." aus Baden finden wir folgenden Passus, den wir seines Interesses wegen mittheilen: Uebrigens wird die Thätigkeit Eisenlohr's bei der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern nochmals eine scharfe Kritik erfahren. Bei derselben wird der Minister auch nochmals über die Mittel aus der Handkasse für die „Bad. Korrespondenz" befragt werden, und zwar in um so eindringlicherer Weise, als die neuesten Nummern der „Bad. Korresp." in nicht mißzuverstehender Weise Alles das zu Papier bringen, was der Herr Staatsrath Eisenlohr in den Sitzungen der Kammer vergißt zu sagen, oder für räthlich hält, nicht zu sagen. Es berührte beinahe komisch, daß Staatsminister Turban auf die Angelegenheit der „Bad. Korresp." trotz wiederholter Anregung nicht einging.

Auch die sog. Absage der Freisinnigen an das Centrum wird in dieser Korrespondenz behandelt. Es heißt nämlich darin: „Endlich beanspruchen zwei politische Versammlungen, die dieser Tage in dem freisinnig-demokratischen Verein zu Pforzheim und im deutschfreisinnigen Verein zu Mannheim abgehalten wurden, ein weitgehendes Interesse. Die badischen nationalliberalen Zeitungen, die „Bad. Landesztg.", der „Schwäbische Merkur", die „Straßburger Post" sind entzückt darüber, daß in Mannheim ein Redner die „große liberale Partei", — natürlich im nationalliberalen Sinne — und ein zweiter Redner die Fahne des Kulturkampfs im Hinblick auf den preußischen Volksschulgesetzentwurf aufgepflanzt hat. Alle Blätter erwarten jetzt, daß die Führer der demokratisch-freisinnigen Fraktion im Landtag diesem zum Mindesten eigenthümlichen Optimismus der Mannheimer Deutschfreisinnigen bezüglich der großen liberalen Partei zujubeln werden, gerade als ob die Herren die Reden eines Rickert und Richter im preußischen Abgeordnetenhaus nicht gelesen oder nicht begriffen hätten. Und selbst wenn der Traum einer großen liberalen Partei sich verwirklichen ließe, bei den badischen nationalliberalen Abgeordneten wäre das trotz aller freisinniger Begeisterung nicht zu verwirklichen. In der Charakterisirung der Nationalliberalen hat der Abg. Dr. Heimburger in Beziehung auf das preußische Volksschulgesetz das Richtige getroffen, als er in Pforzheim ausführte, daß auf den prinzipiell scheidenden Dialog zwischen dem Reichskanzler und dem nationalliberalen Hobrecht und Friedberg Tags darauf das Gelände der Mißverständnisse erfolgt sei und daß man jetzt, nachdem das Volk den Ernst der Lage begriffen, das Kuriosum erleben solle, daß Miquel erst dann seinen Ministersessel verlassen wolle, wenn der Gesetzentwurf, den er unterzeichnet, auch wirklich Gesetz werden solle. Die Vorgänge in Preußen könnten deshalb auf die Stellung der Parteien in Baden keinen bestimmten Einfluß ausüben; so frei und ungebunden die demokratisch-freisinnige Partei in ihrem Verhältniß zur Centrumspartei sei, deren rückschrittliche Neigungen auf dem Gebiete der Kirche und Schule sie energisch bekämpfe, so wenig habe sie auf absehbare Zeit hinaus Anlaß zu einem engeren Verhältniß zur nationalliberalen Partei. Gegen entschieden rückschrittlich müsse nur entschieden demokratisch. — Diese Ansicht, die sich mit derjenigen der Fraktion und des Ausschusses deckt, dürfte den optimistischen Reden in Mannheim, die einem persönlichen Unmuth einerseits und einer vorschnellen Begeisterung über die Bennigsen'sche Rede andererseits entsprungen zu sein scheinen, mit Recht eingestellt werden. An eine „große liberale Partei" im Sinne Bennigsen's und vor Allem im Sinne der Kiefer und Fieser denkt in Baden kein Mensch." Das klingt doch etwas anders als eine Absage.

* **Karlsruhe,** 16. Febr. Unter der Ueberschrift „Auf eigenen Füßen", wendet sich die „Neue Badische Landeszeitung" gegen unsere Ausführung über die Angriffe der Mannheimer freisinnigen Versammlung auf das Centrum und über das Verhältniß der Linksliberalen überhaupt zu unserer Partei. Freilich glücklich können wir die Erwiderung des Mannheimer Blattes nicht nennen, denn sie verräth alles, nur nicht das kühle Blut eines Politikers. Schon der Anfang ist bezeichnend, „Seitdem der „neue Kurs", heißt es da, auf seinen unsäßten Kreuz- und Querfahrten im kirchlich-reaktionären Fahrwasser angelangt ist, beginnt den Ultramontanen gewaltig der Kamm zu schwellen. In Preußen sind sie zur Regierungspartei avancirt und da ist es kein Wunder, daß auch bei ihren badischen Parteigenossen der Muth in der Brust seine Spannkraft zu üben anfängt. Von jeher mit einer kühnen Einbildungskraft beglückt, sehen sie sich bereits als dominirende Herren in unserm badischen Lande und glauben daher, man könne jetzt die Freisinnigen hochmüthig über die Achsel ansehen." Das ist alles vollständig unrichtig. Wir sind durchaus nicht mit einer kühnen Einbildungskraft beglückt, betrachten uns gar nicht als dominirende Herren in Baden und sehen die Freisinnigen auch nicht hochmüthig über die Achsel an. Wir haben sie im Kampf gegen die Nationalliberalen im eigenen Interesse unterstützt, und stets betont, daß wir ihre volle Unabhängigkeit wünschen. Wir haben sie auch in keiner Weise angegriffen, aber wir sind von ihnen angegriffen worden und zwar in ebenso ungerechtfertigter wie abgeschmackter Weise, als ob das Centrum auf die Zertrümmerung des deutschen Reiches ausginge. Darauf ist erst von uns entgegnet worden, indem wir an das Stärkeverhältniß erinnerten, was die „N. B. Landesztg." in ihrem Eifer falsch aufgefaßt. „Wenn den Freisinnigen ein Frontwechsel belieben würde, schrieben wir, ließ uns dieses Ereigniß kalt. Stellen sich die Herren auf eigene Füße (das kann sich doch nur auf die Wahlen beziehen. Red.), so werden sie eigenthümliche Erfahrungen machen, die wir hier nicht weiter ausführen wollen, gehen sie mit den Nationalliberalen, so können sie deren demnächstige Niederlage theilen." Das Mannheimer Blatt interpretirt den Ausdruck von den eigenen Füßen, als ob wir die Unabhängigkeit der Linksliberalen in politischen Fragen antasten wollten. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Aber Unabhängigkeit von einer Partei und Feindseligkeit gegen dieselbe sind doch sehr verschiedene Dinge. Anstatt solch' unüberlegte Streiche, wie die auf der Mannheimer Versammlung, zu machen, welche die Führer später wieder repariren müssen, thäten die Herren besser, etwas vorsichtiger in ihren Reden zu sein und die Endziele ihrer Politik etwas mehr in's Auge zu fassen. Dann würden sie sich manche Unannehmlichkeiten ersparen.

* **Karlsruhe,** 16. Febr. Der „Pfälzer Bote" wurde gestern vom Schöffengericht in Heidelberg zu 40 Mk. Strafe und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt, weil er gegen die „Bad. Landesztg." das Wort „Sautrögle" gebrauchte.

** **Karlsruhe,** 16. Febr. Kiefer's Wahl also von der Zweiten Kammer genehmigt! Kein Wort wurde darüber gesprochen. Ist das ein jämmerlicher Ausgang eines Feldzuges, der mit großen Erwartungen unternommen worden ist! So geht es, wenn man der Führung eines Kiefer sich anvertraut. Der ruhmgekrönte Held mußte wissen, daß die Wahl zur Sprache kam, allein er ließ sich nicht blicken. Auch andere Größen fehlten auf nationalliberaler Seite. Schon das deutete darauf hin, wie die Sache stand. „Ich kann die Leute nicht herzaubern", sprach Lamey mürrisch, als von nationalliberaler Seite auf die Abwesenheit einiger Häupter aufmerksam gemacht wurde. In sichtlich gedrückter Stimmung „zottelte" der Abg. Bassermann in das Berathungszimmer und kam erst später als die anderen an; kein Mensch von den Nationalliberalen nahm sich die Mühe, die Verhandlung der Kommission anzuhören. Als die Herren zurückkamen, fiel Bassermann, dem auch jetzt die schwere Ehre zu Theil wurde, das Amt des Berichterstatters auszufüllen, durch seine schwer zu beschreibende Haltung allgemein auf. Wer ihn kennt, der weiß, daß er nicht ganz frei von dem ist, was manche als Ehrgeiz bezeichnen. Daß diese Seite seines Charakters durch den kläglichen Ausgang der ganzen Geschichte sehr zu leiden hatte, konnte er gar nicht verbergen, obwohl er sich bemüht war, ruhig zu scheinen und dem ihm nicht fremden Galgenhumor eine Rolle spielen zu lassen. Wie schade, daß nicht einige Moment-Photographien aufgenommen werden konnten!

Der Mann der „Pointen", der in der großen Verhandlung vom 22. Januar dem Abg. Wacker gegenüber seine starke Stimme betonte, verzichtete heute auf jede „Pointe" und wollte gar nicht „zu Stimme" kommen, so daß erst ein wiederholtes „lauter!" ihn etwas aufrütteln konnte. Mit ganz wenigen Sätzen entledigte er sich des Referates und schloß mit dem Antrag auf Gültigkeitserklärung.

Der Präsident eröffnet die Diskussion. In unverhohlener Heiterkeit schauten sich die Herren vom Centrum um, ob wohl Staatsrath Dr. Eisenlohr oder sonst Jemand von den nationalliberalen Größen Etwas sagen würde. Man war für diesen Fall parat und hätte gründlich aufgewartet. Allein Niemand zeigte Lust; so konnte sich das Centrum damit begnügen, diesen Ausgang des famosen Skandals von Eberbach mit dem Lachen der Genugthuung entgegenzunehmen.

Wohl bekomm's!

? **Karlsruhe,** 16. Febr. Der Heidelberger Amtsverkündiger erdreistet sich, über die Wahl von Eberbach-Buchen dem Publikum Folgendes zu bieten:

„Dieses Ergebniß war vorauszusehen, nachdem die Friedrichsdorfer den Wahlmann Münch wiedergewählt hatten; es überrascht also nicht, ja wir können behaupten, daß es den Nationalliberalen ganz gelegen kommt, da die Wahl eines Nationalliberalen zur Verdunkelung der wahren Bedeutung der Eberbach-Buchener Wahlangelegenheit hätte benutzt werden können. Die eigentliche Bedeutung dieser Angelegenheit liegt nicht in der Entscheidung darüber, ob ein Liberaler oder ein Ultramontaner mehr in die Kammer eintrete, sondern sie liegt darin, daß den Ultramontanen die scheinheilige Maske abgerissen worden ist, daß aufgedeckt worden ist, wie sie verwerfliche Mittel nicht scheuen, um Wahlmänner zum Umfallen zu bringen. Erst bearbeitete der Pfarrer von Strümpfelbronn den Wahlmann Münch, indem er den Friedrichsdorfer Kapellenbau als Beeinflussungsmittel anwendete, dann schrieb er nach Heidelberg, man möge den Münch „stützen" und dabei eventuell den Kapellenbau verwerthen. Die Mittheilung ging nach Freiburg, und von dort erfolgte umgehend ein Telegramm des Domkapitulars Knecht an Münch mit dem telegraphischen Reis von 5000 M. Münch wurde so „gestützt", daß er sich beschenkt fühlte und dies unumwunden aussprach. So wird's bei den Ultramontanen gemacht! In der Feststellung dieser Thatsachen liegt die politische Bedeutung der Anfechtung und Umstoßung der ersten Eberbach-Buchener Wahl. Die jetzige endgiltige Wahl des Centrumsmannes Kiefer ist dem gegenüber völlig Nebensache."

Wer die Naturgeschichte der „Bad. Landeszeitung" nur halbwegs kennt, wird sich nicht darüber wundern, daß dieses noble Blatt einen solchen Artikel sich zu eigen gemacht hat. Mit geradezu überraschender Umgenirtheit ist hier Unwahrheit an Unwahrheit gereiht und zwar so, daß man unmöglich annehmen kann, es sei im guten Glauben geschehen.

Daß Kiefer's Wahl den Nationalliberalen „ganz gelegen kommt" ist ja prächtig über alles Maß. Jetzt weiß man doch, warum Alles in Bewegung gesetzt wurde, um die Wahl anzufechten; warum sie gegen alles Recht umgestoßen und im Widerspruch sogar mit dem Gesetze auch die Wahlmännerwahl in Friedrichsdorf kassirt wurde. Jetzt weiß man, warum Knecht hinter den Koulissen verschwinden mußte, um den ehemaligen Abg. Frey vortreten zu lassen; warum im Widerspruch mit der bisherigen Gesetzes-Interpretation ein noch lebender nationalliberaler Wahlmann durch Ergänzungswahl einen Stellvertreter erhielt und in letzter Stunde noch der lächerliche Versuch gemacht wurde, die geschlossenen Reihen der Wähler des Bezirks Buchen durch Aufstellung eines anderen Kandidaten aus Buchen zu sprengen. Das Alles und Anderes noch dazu, weil den Herren die Wahl Kiefer's „ganz gelegen kommt"!! Man läßt sich unter gewissen Umständen den Galgenhumor gefallen, wenn aber so dumm gedichtet wird, dann ist es weniger als Galgenhumor.

Was nach dem Heidelberger Amtsverkündiger „aufgedeckt worden ist", kann man nur als ein Gewebe von — mehr als kühnen Dichtungen bezeichnen.

Wahrheit — durch die Untersuchungsakten erwiesene Wahrheit ist dagegen Folgendes:

1. Bürgermeister Münch hat im Jahre 1887 überhaupt zum ersten Male wählen dürfen — für den Reichstag wie für den Landtag. Als er zum zweiten Male für den Reichstag wählte, war er bereits vom Liberalismus gründlich bekehrt, ohne daß der Kapellenbau erörtert worden wäre. Schon vor dem Februar 1890 sprach er sich unumwunden gegen die Nationalliberalen aus und stimmte bei der Reichstagswahl mit dem Centrum, ohne daß ihn Jemand dafür bearbeitet hat.

Wie aus den Untersuchungsakten hervorgeht, hat das Verhalten des im Jahre 1887 auch von ihm gewählten Abgeordneten Knecht in der Kammer zu dieser politischen Wandlung wesentlich beigetragen.

2. Schon vor den Wahlmännerwahlen des Jahres 1891 hat Münch wiederholt erklärt, daß er für das Centrum stimmen und auch als Vertrauensmann für dasselbe arbeiten werde.

3. Seitens der Centrumszugehörigen hat man es nicht gerne gesehen, daß er sich als Wahlmannskandidat aufstellen ließ, weil man fürchtete, die gewaltthätige Wahlbeeinflussung der Nationalliberalen möchte ihn zur Verleugnung seiner eigenen Ueberzeugung bringen oder im anderen Falle ihm Unannehmlichkeiten und materiellen Schaden bringen.

4. Nachdem er gewählt war, haben die Nationalliberalen von Eberbach und Umgegend in geradezu skandalöser Weise ihn zu bearbeiten gesucht, im Widerspruch mit dem ihnen bekannten eigenen Willen statt für den Kandidaten des Centrums für den der Nationalliberalen zu stimmen.

5. Was Seitens einzelner Centrumsanhänger ihm gegenüber geschehen ist, lief nicht darauf hinaus, daß er anders stimmen sollte, als er selber wollte, sondern bestand lediglich in Aufmunterungen, gegenüber den skandalösen Machenschaften der Nationalliberalen fest bei seiner eigenen Ueberzeugung und Entschließung stehen zu bleiben.

6. Weder die Kirchenbehörde, noch der Vorstand des Bonifaciusvereins, noch Domkapitular Dr. Knecht für sich, noch auch Pfarrer Wacker haben sich irgendwie in die Wahlangelegenheit eingemischt. Auch steht der Kapellenbau von Friedrichsdorf, die Bewilligung der betreffenden Summen und die Auszahlung derselben in gar keinem irgend wie gearteten Zusammenhange mit der Wahl von Eberbach-Buchen oder der Wahlmännerwahl in Friedrichsdorf.

7. Seitens des Centrums ist Münch gegenüber Nichts geschehen, was politisch, gesetzlich oder moralisch unstatthaft wäre. Was Münch nach dieser Richtung hin Bedenkliches gesagt hat, das hat er frech zudringlichen Quälgeistern gegenüber behauptet, um sie los zu werden und er hat es vor dem Untersuchungskommissär in ebenso bestimmter wie glaubwürdiger Weise widerrufen.

8. Von nationalliberaler Seite dagegen ist neben der skandalösen Bearbeitung des Münch auch noch der Versuch gemacht worden, die Stimmen der Reisenbacher Wahlmänner um den Preis von 500 Mk. zu kaufen.

In die Untersuchungsakten kam das nicht, weil nach Angabe des Münch der Untersuchungskommissär die Aufnahme verweigerte.

9. Wie der Untersuchungskommissär, so hat auch der Abg. Bassermann als Berichterstatter gerade die Hauptsache übersehen: jenes Aktenstück nämlich, welches den unumstößlichen Beweis dafür liefert, daß keinerlei Zusammenhang zwischen der Auszahlung der 5000 Mk und der Eberbacher Wahl bestand.

Dieses Uebersehen gehört zum Bezeichnendsten in der ganzen Geschichte.

10. Nachdem der Abg. Wacker dieses wichtigste Aktenstück der Kammer vorgelegt hatte, blieb Bassermann und mit ihm die nationalliberale Fraktion gleichwohl auf dem unbegründeten Standpunkt stehen; sie nahmen die klar erwiesene Wahrheit nicht an und handelten wie Leute, welche das Recht nur deßhalb nicht erkennen und anerkennen, weil sie das Unrecht wollen.

Genau so handelt die nationalliberale Presse, wenn sie auch jetzt noch die Eberbacher Wahlgeschichte so bespricht, wie der Heidelberger Amtsverkündiger es gethan hat.

** **Karlsruhe,** 15. Febr. Man war heute einigermaßen überrascht in der Kammer, da von den Wahlakten des Bezirkes Eberbach-Buchen nicht die Rede war. Man hatte erwartet, daß sie schon da wären, also auch die Wahl gleich zur Verhandlung kommen würde. Dem war jedoch nicht so. Ob der Wahlkommissär durch die Anfrage beim Gewählten in der Absendung der Wahlakten aufgehalten wurde oder ob die Verzögerung in anderen Umständen ihre Erklärung sucht, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen.

+ **Karlsruhe,** 15. Febr. Die Schulgesetznovelle enthält auch eine „Organistenfrage". In Anlehnung an den bisherigen Rechtszustand bestimmt § 38 der Regierungsvorlage, daß Lehrer durch die Oberschulbehörde genöthigt werden können, einen Organistendienst zu übernehmen, besagt aber weiter:

„Dabei sind durch die Oberschulbehörde nach Anhören der Kirchenbehörde und des Lehrers der Betrag der Vergütung, **sowie nöthigenfalls die weiteren Bedingungen** festzusetzen, von deren Leistung beziehungsweise Einhaltung die Verpflichtung des Lehrers zur Uebernahme des Dienstes abhängig sein soll."

Auch bei wohlwollender Interpretation Seitens der Unterrichtsverwaltung ist der Paragraph in dieser Fassung nicht annehmbar, wenigstens nicht für das Centrum. Er würde in gewissen Fällen die Oberleitung des Organistendienstes von der Kirchenbehörde weg einer staatlichen Behörde zuschieben und könnte so indirekt geradezu Eingriffe in das gottesdienstliche Gebiet zur Folge haben.

Praktisch mag die Sache im Allgemeinen von geringerer Bedeutung sein, da es sich wohl nur um seltenere Ausnahmefälle handeln wird — wenigstens soweit Gemeinden mit mehr als einem Lehrer in Betracht kommen. Für Lehrer, die allein in Pfarrgemeinden sind, könnte es aber leicht wie ein Antrieb wirken, sich zur Uebernahme des Organistendienstes zwingen zu lassen.

Da und dort sieht man die Sache so an, wie wenn es sich um weiß Gott welchen Dienst handelte, der mit Uebernahme des Organistendienstes der Kirche erwiesen wird. Thatsächlich steht aber nicht die Kirche im Vordergrund, sondern die Gemeinde, die ein Interesse daran hat, daß bei der Feier des Gottesdienstes auch der Kirchengesang eine Rolle spielt. Gerade darum hat auch die Lehrerwelt selbst ein ganz namhaftes höheres Interesse daran, den Organistendienst übernehmen zu können. Ein Lehrer auf dem Lande wird von der Gemeinde darum angesehen und ungünstig beurtheilt, wenn er den Organistendienst nicht übernehmen kann oder nicht übernehmen will, wie auch, wenn er ihn mangelhaft besorgt. Umgekehrt gewinnt ein Lehrer an Achtung und Vertrauen, wenn er als tüchtiger Organist einen gut geschulten Kirchenchor hat, der bei der Feier des Gottesdienstes Solides leistet. Es ist also keineswegs blos ein materielles Interesse, welches den Organistendienst für die Lehrer begehrenswerth erscheinen läßt.

Wenn man Herren wie Kiefer über diese Sache sprechen hört, so könnte man meinen, es handle sich um Etwas, was blos die katholische Kirche und ihren Gottesdienst angeht. In Wahrheit aber handelt es sich vielmehr um die protestantischen Geistlichen und ihren Gottesdienst.

Bei uns Katholiken könnte man sich behelfen, wenn auch kein Lehrer Organist wäre. Es wäre ein beklagenswerther Zustand, aber behelfen könnten wir uns. Ob das auch von den Protestanten gesagt werden kann, ist mehr als zweifelhaft.

Man wird wohl annehmen dürfen, daß es nur eine kleine Zahl von Lehrern ist, welche gegen die Uebernahme des Organistendienstes Front macht. In sehr vielen Fällen ist die Vergebung desselben eine Quelle von Verlegenheiten für den Pfarrer, wenn mehrere Lehrer in der Gemeinde sind, weil er natürlich nur einen damit betrauen kann. Es ist auch schon vorgekommen, daß durch Intervention der Oberschulbehörde eine Theilung des Dienstes vorgenommen wurde, um wenigstens zwei berücksichtigen zu können.

Was würde nun die Lehrerschaft sagen, wenn die Kirche sie grundsätzlich vom Organistendienste ausschließen wollte?

Zweifelsohne würde sich die Lehrerschaft gekränkt und in ihren Standesinteressen beeinträchtigt fühlen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß so Etwas jetzt oder je in der Zukunft geschehen sollte, halten es aber doch für angemessen, auf diese Kehrseite der Medaille aufmerksam zu machen und glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir sagen: die Lehrer selbst haben mindestens eben so viel Interesse daran, den Organistendienst übernehmen zu können als die Kirche und die in Frage kommenden Gemeinden.

Da und dort betont man es bis zum Ueberdruß, daß die Lehrer nöthigenfalls zur Uebernahme des Organistendienstes gezwungen werden können. Was die Katholiken betrifft, so legen sie keinen großen Werth auf eine solche Gesetzesbestimmung. Es wird kaum einen katholischen Pfarrer geben, der sich nicht lieber auf irgend eine andere Weise zu behelfen sucht, ehe er einem Lehrer den Organistendienst aufnöthigen läßt. Es liegt ja auf der Hand, daß ihm damit ein förmlicher Brunnen von Verdrießlichkeiten und Chicanen aller Art gegraben würde. Aus Rücksicht auf die katholische Kirche braucht man also den eventuellen Zwang nicht einzuführen oder aufrecht zu erhalten.

Karlsruhe, 15. Febr. Es ist von der Regierung in Aussicht genommen, für je 3 bis 5 Amtsbezirke ein Schiedsgericht für Invaliditäts- und Altersversicherung einzusetzen, so daß auf jeden Schiedsgerichtsbezirk etwa 120,000 Seelen durchschnittlich kommen würden. Bei der Zutheilung der Amtsbezirke zu einem Schiedsgerichte soll der „Bad. Korr." zufolge darauf Rücksicht genommen werden, daß der Sitz des Schiedsgerichts zu einem Bezirksamt verlegt wird, welches mit mindestens zwei Beamten besetzt ist, damit es sich ermöglichen läßt, die Thätigkeit des Vorsitzenden des Schiedsgerichts von derjenigen der Bezirksbeamten, welche zur Abgabe der die Entscheidung der Versicherungsanstalt vorbereitenden gutachtlichen Aeußerung der unteren Verwaltungsbehörde erforderlich ist, getrennt zu halten und dadurch mißliche Kollisionen abzuwenden. Nach den Vorschlägen der Regierung würden 13 bis 15, vielleicht auch 16 Schiedsgerichte errichtet und die Orte derart gewählt werden, daß das persönliche Erscheinen der Betheiligten, deren Zahl auf jährlich etwa 2—3000 geschätzt wird, ohne allzu große Umständlichkeit und Kostenaufwendung sich ermöglichen läßt.

? **Aus Baden,** 15. Febr. In einem „politischen Briefe aus Baden" kommt die „Frkf. Ztg." auf die Verhandlung der zweiten badischen Kammer über die „Frauenfrage" zu sprechen. Es wird darin die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Haltung des Centrums tadelnd kritisirt und extra hervorgehoben, daß das einzige Centrumsmitglied der Kommission, welches sich zustimmend verhalten habe, bei der Kammerverhandlung fehlte. Nun, dieses eine Mitglied war an jenem Tage im Reichstag in Berlin und hat auch keineswegs in dem Sinne sich freundlich zur Frage gestellt, in welchem dieselbe von linksliberaler, socialdemokratischer und theilweise auch von nationalliberaler Seite behandelt worden ist. Draußen im Lande hat man übrigens ein ganz anderes Urtheil gefällt. Da ist man mit der Haltung des Centrums sehr einverstanden. Und da hat man namentlich die ausgezeichnete Rede des Abg. Lauck mit dem größten Beifall aufgenommen. Dieselbe hat einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Uebrigens war sie durch den vortrefflichen Vortrag für den Hörer in der Kammer noch wirkungsvoller als für den Leser.

†* **Malsch** b. Wiesloch, 16. Febr. Von Seiten des kath. Volksvereins wird am nächsten Sonntag Nachmittag hier eine größere Versammlung abgehalten, zu der ein Redner aus Karlsruhe sein Erscheinen zugesagt hat. Wir hoffen dadurch die hier schon bestehende Abtheilung des Vereins auf eine der Einwohnerzahl der Gemeinde entsprechende Höhe zu bringen und laden deßhalb alle Katholiken zu der Versammlung freundlichst ein.

Φ **Vom See,** 13. Febr. Es naht die Zeit der Schulentlassung und damit für manche Eltern und Ortsarmenbehörden auf dem Lande die Aufgabe, ihre Söhne und Pflegebefohlenen bei Meistern in benachbarten Städten oder Städtchen in der Lehre unterzubringen. Leider wird hierbei, auch oft von christlichgesinnten Eltern, auf die religiöse Haltung der betreffenden Lehrmeister allgemein Rücksicht genommen. Man weiß oder bedenkt nicht, daß es Meister gibt, welche das religiöse Wohl ihrer Lehrlinge auf's Gewissenloseste vernachlässigen, ja geradezu schädigen. Es sind uns z. B. Fälle bekannt, daß Meister ihre Lehrlinge, wenn dieselben aus der sonntäglichen Gewerbeschule (!) heimkehrten, mit Arbeit oder Aufträgen zu beschäftigen und dadurch vom Besuche des Gottesdienstes, sowie der nachmittägigen Christenlehre förmlich abzuhalten pflegten. Zwar ist ein solches Verfahren gesetzlich strafbar; die deutsche Gewerbeordnung bestimmt §§ 126, 148, 9, daß kein Meister seinen Lehrling von Erfüllung seiner religiösen Pflichten abhalten dürfe und bedroht derartige grobe Verletzung der Meisterpflichten mit Geldstrafe bis zu 150 M. und Haft bis zu 4 Wochen; aber wie wenig diesbezügliche Fälle dürften in die Oeffentlichkeit dringen, zur Anzeige und gebührenden Bestrafung gelangen? Um so mehr ist es nöthig, daß Eltern und Ortsarmenräthe ein wachsames Auge bei Auswahl von Meistern und Ausstellung von Lehrverträgen dringend empfohlen werde. Wohin soll es denn führen, wenn junge Leute von 14—17 Jahren schon des Gottesdienstes entwöhnt, jeder religiösen Einwirkung entzogen und so dem Unglauben und der Gottlosigkeit förmlich in die Hände getrieben werden?

Personalnachrichten.

Ministerium des Innern.

Schutzmann Adolf Lehmann beim Amt Karlsruhe wird zum Amt Pforzheim versetzt. Schutzmann Philipp Bierling beim Amt Pforzheim wird in gleicher Eigenschaft zum Amt Heidelberg versetzt. Schutzmann Heinrich Freitag beim Amt Karlsruhe wird zum Amt Mannheim versetzt.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

In den Ruhestand versetzt wurde: Kanzleidiener Peter Schneider beim großh. Landgericht Offenburg unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste.

Versetzt wurden: Oberaufseher Johann Haag beim Amtsgefängniß Mannheim an das Kreis- und Amtsgefängniß Konstanz. Verwaltungsassistent Hermann Schick beim Landesgefängniß und der Weiberstrafanstalt Bruchsal an das Landesgefängniß Mannheim behufs Versehung der Buchhalterstelle.

Enthoben wurde seines Dienstes: Rechtspraktikant Dr. Eugen v. Freydorf als Gehilfe und Amtsanwalt bei großh. Staatsanwaltschaft Karlsruhe — Amtssitz Pforzheim — auf Ansuchen.

Ernannt wurde: Aufseher 1. Klasse Georg Adam Kleinhans beim Kreis- und Amtsgefängniß Konstanz zum Kanzleidiener beim Landgericht Offenburg. Buchhalter Karl August Sachs beim Landesgefängniß Mannheim auf Ansuchen unter Belassung des Titels „Buchhalter" zum Oberaufseher beim Amtsgefängniß Mannheim.

Zugewiesen wurde: Aktuar Josef Fuchs, z. Z. auf der Kanzlei des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, dem großh. Amtsgericht Mannheim. Rechtspraktikant Moritz Straus der großh. Staatsanwaltschaft Karlsruhe — Amtssitz Pforzheim — als Gehilfe und Amtsanwalt.

Großh. badische Staatseisenbahnen.

Versetzt: Ludwig Henninger, Eisenbahnassistent in Neckargemünd, nach Seckach. August Nägele, Eisenbahnassistent in Villingen, nach Konstanz. Max Trautwein, Eisenbahnassistent in Pforzheim, nach Mannheim. Die Expeditionsgehilfen: Heinrich Bohrmann, in Heidelberg, nach Walldürn; Karl Waibel, in Seckach, nach Mannheim; Reinhard Ganninger, in Langenbrücken, nach Neckargemünd; Hermann Veith, in Mannheim, nach Eberbach; Karl Fischer in Offenburg, nach Langenbrücken; Max Ernst, in Waldshut, nach Lörrach; Emil Rectanus, in Neustadt, nach Pforzheim; Ernst Schell, in Basel, nach Säckingen; Wilhelm Hauß, in Waghäusel, nach Kork; Gustav Gall, in Kork, nach Offenburg; Fr. K. Schmidt, in Offenburg, nach Lahr; K. Kohler, in Waldshut, nach Heitersheim.

Großh. Steuerverwaltung.

Dem pensionirten Feldwebel Wilhelm Meßmer in Mannheim wurde die erledigte etatmäßige Gehilfenstelle bei der Steuereinnehmerei 1 in Pforzheim — vorerst in nicht etatmäßiger Weise — übertragen.

Heinrich Neuweiler von Riedern und Richard Maier von Ullenhofen wurden unter die Zahl der Finanzgehilfen aufgenommen.

Dem Steueraufseher Friedrich Körbel in Schiltach wurde die Auszeichnung für zwölfjährige treue Dienste verliehen.

Großh. Domänendirektion.

Zugewiesen: Tadenbach, Forstpraktikant in Mannheim, der großh. Bezirksforstei Baden.

Versetzt: Heinrich Münz, Domänenwaldhüter in Allemühl nach Heiligkreuzsteinach.

Badischer Landtag.

Φ **Karlsruhe,** 16. Februar.

30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Ellstätter, Eisenlohr und Regierungskommissäre.

Haus und Tribünen gut besucht.

Tagesordnung: Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Finanzministeriums für 1892/93 Titel 4, 10 und 11 der Ausgaben, Titel 1 der Einnahmen. Berichterstatter Abg. Kriechle.

Der Sekretär verliest eine Reihe Petitionen.

Die Wahlprotokolle der Wahl Kiefer im Bezirke Eberbach-Buchen sind eingegangen und werden der Abtheilung für Wahlprüfungen zur sofortigen Durchsicht übergeben.

Die Abtheilung zieht sich zurück.

Nach Rückkunft erstattet Abg. Bassermann Bericht und beantragt, die Wahl für unbeanstandet zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

Herr Kiefer kann also endlich als Abgeordneter in die Kammer einziehen. Zu bemerken ist, daß Herr Abg. Bassermann nicht ohne eine gewisse Befangenheit, die sich durch einen auffallend leisen Vortrag und eigenthümliche Gesichtsfärbung bemerkbar machte, seinen Antrag auf Giltigkeit stellte. Kiefer ist in heutiger Sitzung noch nicht anwesend.

Die Kammer tritt alsdann in die Tagesordnung ein.

Abg. Kriechle erstattet über die oben angeführten Titel Bericht und betont u. A. die durch das Beamtengesetz entstandenen Mehrausgaben.

Abg. Pfefferle regt die Frage an, ob die in den letzten Jahren sich bemerkbar machenden Mindereinnahmen aus Liegenschaften namentlich aus Wiesengelände nicht wieder erhöht werden könnten. Redner glaubt, daß durch eine rationellere Düngung ein regelmäßiger Ertrag auf den Domänenwiesen erzielt würde; die Landwirthe könnten dann einen konstanten Viehstand behaupten und die Nachfrage nach Futter wäre eine größere. Ueberhaupt müsse die Regierung mit der Kunstdüngung mit gutem Beispiele vorangehen.

Abg. Gönner macht zum Jagdrecht der Domänenverwaltung auf dem Rheinvorlande einige Bemerkungen. Den Gemeinden sei bezüglich Ausübung der Jagd eine zu weitgehende Beschränkung auferlegt. Auf den schmalen Landstreifen des Rheinvorlandes sei eine eigene Jagd nicht zu betreiben. Die Schädigungen schädigen nicht blos den Jagdpächter, sondern auch die angrenzenden Gemeinden. Die gesetzliche Bestimmung, wonach Ländereien unter 72 Hektar nicht für sich verpachtet werden dürfen, treffe auch die Domänenverwaltung. Entweder solle man die Rheinvorlandstreifen den Gemarkungen gegen eine entsprechende Vergütung zuschlagen, oder den Pächtern der Gemarkungsjagden gegen eine bestimmte Summe überlassen.

Abg. Frank ist im Allgemeinen mit den Ausführungen des Abg. Pfefferle einverstanden. Was die vielen kleinen Parzellen des Domänenärars betreffe, so sei zu erwägen, ob sie nicht an die Gemeinden oder an Private besser verkauft würden. Der Pachtpreis sei verhältnißmäßig sehr hoch und müsse in der Regel von kleineren Landwirthen, welche diese Felder pachteten, aufgebracht werden. Er bitte die Regierung diese Parzellen unter möglichst günstigen Bedingungen den kleinen Leuten zuzuführen.

Minister Ellstätter: Dem Vorschlag des Vorredners stehe die Regierung günstig gegenüber, sie habe bisher bei jeder Neuverpachtung die Sache im Auge gehabt, leider sei aber die Kauflust eine sehr geringe gewesen. In dieser Sache, sowie bezüglich der Düngung der Wiesen &c. werde die Regierung bestrebt sein, möglichste Abhilfe zu schaffen. Wegen des Jagdrechtes werde die Regierung mit den betr. Gemeinden in Verhandlung treten.

Abg. Hauß gibt sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Tit. IV, Domänenverwaltung. 1. Centralverwaltung mit 371,378 Mk. für beide Jahre wird genehmigt.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Ettlingen, 11. Febr. Schöffengericht. Vorsitzender: Oberamtsrichter Rüthein. Schöffen: Johann Adam Hennhöfer, Wirth von Völkersbach, und Josef Speck I., Wirth von Bruchhausen. Vertreter der Gr. Staatsanwaltschaft: Amtsanwalt Frhr. v. Röder. Ergebniß lt. „M. C.": 1. Die Ersatzreservisten der Landwehr Josef Gräsling, Kaufmann von Malsch, Johann Jäger, Schneider von da und Ludwig Walter, Holzschuhmacher von Neuburgweier, erhielten wegen unerlaubter Auswanderung eine Geldstrafe von je 100 M. event. je 4 Wochen Haft. 2. Josef Gräser, Mühlenbesitzer in Ettlingen, und Johann Gräser, Müller von da, erhielten wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung eine Geldstrafe von je 25 M. 3. Adolf Bormann, Metalldreher von Elberfeld, z. Zt. in Karlsruhe und Heinrich Gebhard, Metalldreher von Offenburg, wurden wegen schwerer Körperverletzung unter Zuerkennung mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von je 1 Monat verurtheilt. 4. Josef Reichert, Landwirth von Schielberg, wurde von der Anklage des Betrugsversuchs freigesprochen. 5. Gegen Oswald Günther von Schluttenbach wurde wegen erschwerter Körperverletzung unter Zuerkennung mildernder Umstände eine Gefängnißstrafe von 2 Wochen ausgesprochen. 6. Gegen Isidor Hammer, Taglöhner von Durmersheim, wurde wegen mehrfachen Betrugs und Betrugsversuchs eine Gefängnißstrafe von 81 Tagen erkannt, welche in eine Zusatzstrafe von 70 Tagen zu den durch die Gr. Amtsgerichte Karlsruhe und Rastatt erkannten Gefängnißstrafen vom 13. und 15. Januar d. J. verwandelt wurde. 7. Gegen den Gustav Finger, Taglöhner von Straßburg, sprach das Gericht wegen unter dem Strafmilderungsgrund des jugendlichen Alters verübten Sachbeschädigung eine Gefängnißstrafe von 4 Wochen aus, wovon 1 Woche Untersuchungshaft in Abzug gebracht wird. 8. Johann Gottfried Müller, Taglöhner von Birkenfeld, wurde wegen Bettels, Erregung ruhestörenden Lärms und Verübung groben Unfugs zu einer Haftstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Auch wurde auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt.

Mannheim, 15. Febr. Die hiesige große landwirthschaftliche Maschinenfabrik von Heinrich Lanz ist theilweise abgebrannt. Der Schaden beträgt etwa 300,000 M. Viele Hundert Arbeiter sind beschäftigungslos geworden.

Lokales.

Karlsruhe, 14. Februar.

* **Geh. Rath Dr. Friedrich Gerger,** Excellenz, Präsident der Ersten Kammer und des Großh. Oberlandesgerichtes, wurde Sonntag Nachmittag 3 Uhr in einer seiner Stellung und seiner Person würdigen Weise zur letzten Ruhe gebettet. Der Trauerfeier im Hause wohnte Seine Königliche Hoheit der Großherzog, Prinz Karl, das gesammte Staatsministerium, Mitglieder der beiden Kammern, die der Ersten fast vollzählig, die Richterkollegien, sowie eine große Anzahl sonstiger hervorragender Personen bei. Der Leichenwagen war dicht mit prachtvollen Kränzen behangen, die übrigen, welche nicht angebracht werden konnten, wurden in einer Chaise nachgeführt. Dem Leichenwagen folgten die Deputation eines Korps, eine Anzahl Leidtragender zu Fuß und etwa 20 Chaisen.

Präsident Gerger wurde 1822 in Gerlachsheim als zweiter Sohn des Fürstlich Salem'schen Hofrathes Gerger geboren und studirte Rechtswissenschaft in Heidelberg und Bonn und hatte in rascher Folge die höchsten richterlichen Stellungen eingenommen, so diejenigen des Landgerichtspräsidenten in Mosbach, des Kanzlers am Oberhofgericht in Mannheim und nach dessen Aufhebung des Landesgerichtspräsidenten dahier. Nach Oberkircher's Tod wurde er dessen Nachfolger im Präsidium des Oberlandesgerichts. Die Ehren, die er nicht suchte, folgten Schritt für Schritt seiner Laufbahn im Staatsleben: im letzten Jahrzehnt die Charakterisirung als Geheimerath mit dem Prädikat Excellenz, die zweimalige Ernennung zum ersten Präsidenten der Ersten Kammer. Wie sehr er sofort auch hier durch seine Pflichttreue und sein vertrauenerweckendes Wesen die Herzen gewann, zeigt der schöne, von wärmster Empfindung beseelte Dank, den ihm am Schlusse der letzten Tagung Freiherr E. A. v. Göler darbrachte. Er war nicht nur der höchste, sondern nach dem Zeugniß seiner Amtsgenossen auch in Wissen und Klarheit des Denkens der erste Richter des Landes. Friedrich Gerger war nie vermählt; aber seit Jahren war sein Haus die Heimstätte naher Familienangehöriger, denen er eine väterliche Fürsorge entgegenbrachte.

☐ **Großh. Hoftheater.** Am Freitag, den 19. wird, wie bereits mitgetheilt, Shakespeare's „König Heinrich VI." in einen Theaterabend zusammengezogen, erstmals in Karlsruhe in Scene gehen. Das Stück ist nach Schlegel's Uebersetzung neu für die Aufführung eingerichtet auf Grundlage der Bühnenbearbeitung von Oechelhäuser. Die Titelrolle liegt in den Händen von Herrn Waldeck. Für Dienstag, den 16., ist eine Wiederholung des Lustspiels „Die Großstadtluft" in Aussicht genommen. Die Oper bringt am Donnerstag, den 18. „Euryanthe" und am Sonntag, den 21. „Rienzi". Die Erstaufführung der Ritter'schen Oper „Der faule Hans" ist vorläufig auf den 25. Februar anberaumt. Als Fastnachtsvorstellung ist das Ausstattungsstück „Die Kinder des Kapitän Grant" in Vorbereitung. In der ersten Hälfte des März wird der berühmte Baritonist Francesco d'Andrade ein dreimaliges Gastspiel an der großh. Hofbühne geben.

— **Der Cäcilienverein** wird demnächst wieder ein Konzert geben, welches wie immer hervorragende musikalische Werke tüchtiger Meister bringen soll. Wir erfüllen nur die Pflicht vorurtheilsfreier Besprechung, wenn wir an dieser Stelle der Wahrheit Ausdruck geben und hervorheben, daß der musikalische Leiter des Vereins, Herr Hofkirchenmusikdirektor Brauer, mit Erfolg bemüht ist, denselben in seiner weiteren musikalischen Entwicklung mit kunstverständiger Hand zu pflegen und zu fördern. Was könnte unter solch' gewissenhafter sachkundiger Leitung, bei einem so ton- und taktfesten Stamme, wie ihn der Cäcilienverein in seinen derzeitigen Sängern besitzt, nicht Alles erreicht werden, wenn dem Verein neue stimmfrische und thatkräftige Sängerinnen und Sänger zugeführt würden. Die ruhm- und ehrenreiche Bahn, welche der Verein bis auf den heutigen Tag gewandelt, das Ziel, welches derselbe stets im Auge behielt: „die Mitglieder mit wahrhaft klassischer Musik unserer besten Tondichter, sowohl auf kirchlichem, wie weltlichem Gebiete bekannt zu machen und ihnen solche zu erschließen," ein Ziel, das auch der jetzige Dirigent unentwegt festhält, all' das verdiente wohl, daß aus den Reihen der passiven Mitglieder heraus der Chor verstärkt werde und daß gerade von dieser Seite die allzugroße Passivität einer recht lebhaften Aktivität Platz mache; in unseren Zeiten verdienen solche Vereine am ersten unterstützt zu werden, welche den „Zweck" im Auge behalten und dann erst an's Vergnügen denken.

8. **Gewerbeverein.** In der Monatsversammlung des Gewerbevereins Karlsruhe, welche am 10. Februar unter'm Vorsitz des Vereinssekretärs, Kaufmann W. Berblinger, stattfand, hielt Herr Patentanwalt Otto Sack aus Leipzig einen Vortrag über den neuen Gebrauchsmusterschutz, dem veränderten Patentgesetz, Marken- und Musterschutz gegenübergestellt. Herr Sack charakterisirte die einzelnen Gesetze in trefflicher Weise und erläuterte seinen Vortrag durch eine große Menge praktischer Beispiele, indem er einzelne Objekte hervorhob, warum dieselben unter den Schutz entweder das Waarenzeichen des Musterschutz-, des Gebrauchsmusterschutz- oder des Patentgesetzes gehören. Der Redner gab in seinem Vortrage Aufschluß über die Dauer der Nachsuchung des gesetzlichen Schutzes eines Gegenstandes, über die Bedingungen, welche bei Einreichung der Gesuche zu erfüllen sind, über die zweckmäßige Fassung solcher Gesuche, sowie über die Kosten, welche für den einzelnen Fall, je nach dem Gesetze, das in Betracht kommt, zu entrichten sind. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen über den Gebrauchsmusterschutz. Bekanntlich sind durch das Gesetz vom 1. Oktober 1891 auf diesem Gebiete vielfache nicht unbedeutende Aenderungen eingetreten, die in den Interessentenkreisen noch nicht vollständig bekannt sein dürften, bei Erlangung des Schutzes aber nicht außer Acht zu lassen sind. Zu betonen ist, daß nach diesem Gesetz eine Prüfung in Betreff der Neuheit des angemeldeten Gegenstandes nicht stattfindet, daß aber jeder das Recht hat, wenn er die Nichtneuheit beweist, die Löschung zu beantragen. Das wichtigste der Gesetze ist das Patentgesetz. Bis ein Patent erworben wird — vorausgesetzt, daß Gesuche, Zeichnungen, Modelle u. s. w. vorschriftsmäßig behandelt sind — vergehen in der Regel 7—9 Monate. Der Redner gab auch bezüglich dieses Gesetzes alles Wissenswerthe an, hob die verschiedenen Neuerungen hervor, die in jüngster Zeit getroffen worden sind und führte schließlich aus, auf welch' zweckmäßigste Art man sich um ein Patent bewirbt und wie man anderseits eine Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein schon bestehendes unter falschen Voraussetzungen ertheiltes Patent erhebt. Der allseitige Beifall der Versammlung lohnte die inhaltreichen interessanten Ausführungen des Vortragenden, welcher noch über verschiedene, namentlich von Herrn Geheimrath G. von Stoeßer angeregte Fragen sich verbreitete. — Der Vorsitzende theilte endlich noch mit, daß am 12. Februar die Anmeldefrist zur diesjährigen Lehrlingsarbeiten-Ausstellung abläuft und daß am 9. März die regelmäßige Generalversammlung mit Vorstands-Neuwahlen stattfinden soll.

— **Ueber das 50jährige Jubiläum der „Liederhalle"** und den geplanten Gesangswettstreit verlautet Folgendes: Das Fest ist für den 17. und 18. Juli d. J. bestimmt in Aussicht genommen. Angemeldet zur Theilnahme an dem Gesangswettstreit haben sich bis jetzt verschiedene Vereine aus Deutschland und der Schweiz, so aus Augsburg, Zürich, Elberfeld, Darmstadt, Frankfurt a. M., Mannheim. Eine Anzahl weiterer Vereine hat die Zusage in Aussicht gestellt, z. B. aus Berlin, Köln, St. Gallen, Basel, sowie aus Baden selbst. Durch das Präsidium des badischen Sängerbundes in Mannheim wurde ein Ehrenpreis gestiftet, ebenso ist vom Karlsruher Stadtrath eine Ehrengabe zugesagt. Verschiedene Mitglieder der „Liederhalle" selbst haben Beträge zu Preisen gezeichnet. Das Festprogramm im Einzelnen hängt von der Zahl und Stärke der mitwirkenden Vereine ab.

— **Umlageerhöhung.** Die Einwohnerschaft Karlsruhes wird gerade nicht davon erbaut sein, daß für dieses Jahr die Umlage von 30 auf 33 Pfg. erhöht werden soll. Da die Umlage auf Kapitalrente bereits den Höchstsatz von 8,8 Pfg. erreicht hat, so muß die Erhöhung sich auf die übrigen Steuerkapitalien beschränken. Im vorigen Jahre war auch eine Erhöhung der Umlage bei dem Bürgerausschusse beantragt worden, wurde aber von diesem nicht genehmigt. Hoffentlich werden unsere Stadtverordneten diesmal die gleiche Haltung einnehmen.

— **Unterhaltungen &c.** Vergangenen Samstag hielt die Museumsgesellschaft einen Ball ab; an sie reihten sich am gleichen Abend die Gesellschaft „Eintracht" mit einem Tanzkränzchen, die Gesellschaft „Einigkeit" mit einer Abendunterhaltung, die „Liederhalle" mit einem Narrenabend, der Kaufmännische Verein Karlsruhe mit einem humoristischen Abend und Tanz und der Kaufmännische Verein „Merkur" ebenfalls mit instrumental-vokalen Vorträgen. Wir hatten Gelegenheit, einigen der genannten Gesellschaften einen kurzen Besuch zu machen, und können daher konstatiren, daß die Theilnahme seitens des Publikums überall eine rege war. Nirgends treten im socialen Leben unserer Gegenwart die Kontraste schneidiger heraus, als im Vereinsleben, der schlechte, fast stockende Geschäftsverkehr und die damit verbundene finanzielle Nothlage wird bei jeder Gelegenheit betont, hier im Vereinsleben auf der stehenden Rubrik der gesellschaftlichen Unterhaltungen hat sie noch keine Aenderung hervorgebracht!! — Der Kaufmännische Verein „Merkur" gab als Schlußnummer seines Programmes ein einaktiges Lustspiel: „Beim Professor" von B. Schumann, in welchem sich als begabte Dilettanten die beiden Schwestern Frl. Marie und Luise Schönmann, die Herren Zulavern, Weber und Schneider recht anerkennenswerth auszeichneten.

— **Im Konkurse des Bankiers Leopold Bloch** welcher bekanntlich im vorigen Monat flüchtig ging, fand dieser Tage die erste Gläubigerversammlung statt. Aus dem Bericht des Konkursverwalters, Herrn Wilhelm Berblinger, ergab sich, daß das Vermögen des Bloch sich nie auf mehr als ca. 5000 M. belaufen, dagegen seit 1886 bereits eine Unterbilanz bestanden hat. Die Aktiven betragen circa 120,000 Mark, die Passiven circa 520,000 Mark, so daß eine Dividende von 17½ pCt. zu erwarten sein dürfte. Mitgenommen hat Bloch den Betrag von 1800 M.; die Depots sind intakt und vorhanden bis auf die zum Einholen neuer Kouponsbogen ihm übergebene Italienische Rente und amerikanische Western Bonds, welche die Darmstädter Bank in Frankfurt bei Ausbruch des Falliments auf Grund der mit Bloch abgeschlossenen Bankverkehrsbedingungen veräußerte. Der aus 5 Personen, 2 Rechtsanwälten, 2 Bankiers und einem Gläubiger gebildete Gläubigerausschuß wird die sich hieraus ergebenden Rechtsfragen zu prüfen haben.

⊛ **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer III vom 10. Februar unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektor Rauch. 1. Als erster Fall in der Tagesordnung dieser Strafkammer kam die Anklagesache gegen den 31 Jahre alten Landwirth Rudolf Werle von Steinmauern wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit zur Verhandlung. Das Urtheil lautete auf 2 Monate Gefängniß. — 2. Angeklagt der Urkundenfälschung war der 50 Jahre alte schon vorbestrafte Schreiner Gottlieb Götz von Ried (Sachsen-Meiningen). Derselbe hat im Monat Juli 1890 in Gaggenau in der Absicht, sich einen Vermögensvortheil zu verschaffen, eine Faustpfandurkunde der Pfandleihanstalt Stuttgart dadurch gefälscht, daß er dem Schätzungswerth von 20 Mark für eine goldene Remontoiruhr eine 1 vorsetzte. Die so gefälschte Urkunde übergab der Angeklagte dem Verwalter der Eisenwerke Gaggenau zur Gewährung eines Vorschusses von 130 Mark. Hierfür wird Götz mit 6 Monate Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust bestraft. — 3. Das Schöffengericht Durlach hatte den schon öfters vorbestraften 46 Jahre alten Taglöhner Johann Ruhland von Grötzingen wegen Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängniß bestraft. Gegen dieses Erkenntniß legte der Verurtheilte die Berufung ein, die aber als unbegründet verworfen wurde. — 4. Zu 6 Monate Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust wird Friedrich Karl Jörger von Arnbach verurtheilt. Derselbe hatte sich des Betrugs und der Unterschlagung schuldig gemacht, indem er in der Zeit vom 1. bis 17. August v. J. verschiedene Wirthe in Königsbach um die Zechschuld betrog und eine Juppe, die er von einem Schuhmacher in Königsbach geliehen, nicht mehr zurückgab. — 5. Wegen Gotteslästerung erhält der 19 Jahre alte, schon vorbestrafte Holzmacher Hermann Geiser von Baden 6 Wochen Gefängniß abzüglich 2 Wochen Untersuchungshaft.

Tagesordnung der Strafkammer III auf Mittwoch, den 17. Februar, Vormittags halb 9 Uhr: 1. Stephan Daul von Balg und Ludwig Hug von Oberfosbach wegen fahrlässiger Tödtung. 2. Heinrich Dehm, Julius Ehnis und Karl Friedrich Hauser von Jöhlingen wegen Urkundenfälschung und Betrugs bezw. Anstiftung. 3. Johann Polling von Landshausen wegen Sachbeschädigung. 4. Viktor Ernst Christian Pflüger von Kirchheim wegen Körperverletzung. 5. Albert Daub von Baden wegen Körperverletzung.

— **Verletzung.** Ein Herr, der Samstag Nacht gegen 11 Uhr aus einer Gesellschaft heimkehrte, erhielt, als er um die Ecke einer Straße in der Nähe des erbprinzlichen Gartens bog, einen großen Stein in's Gesicht geworfen, so daß er stark aus Mund und Nase blutete und vorgestern das Zimmer hüten mußte. Von dem frechen Thäter bekam er nichts zu sehen, besonders da er im Moment ganz betäubt und an solchen frechen Anfall gar nicht dachte; ob eine Verwechslung oder Absicht, vermag er daher nicht zu sagen und unterließ auch aus diesem Grunde eine Anzeige.

— **Ueberfallen.** In einer Wirthschaft der Durlacherstraße wurde ein Schlosser, als er in den Hof ging, von zwei anderen Arbeitern plötzlich ohne allen Grund überfallen und ihm mit einem Schlüssel mehrere Löcher in den Kopf geschlagen.

— **Unfug.** Ein Herr, der von einem Studirenden in der Kaiserstraße „angerandelt" wurde, erhielt, als er sich beschwerte, von Letzterem eine Ohrfeige. Die Sache soll angezeigt worden sein.

Neueste Nachrichten.

Athen, 15. Febr. Meldungen aus Piraeus zufolge fanden daselbst gestern gelegentlich des evangelischen Gottesdienstes Ruhestörungen statt. Die Volksmenge griff die Kirche mit Steinen an, ein Theil des Mauerwerks wurde zerstört, und die am Gottesdienste theilnehmenden Protestanten zur Flucht gezwungen. Die Volksmenge mißhandelte mehrere Protestanten, zerstörte die Bibliothek sowie die Einrichtung der Kirche und griff auch die einschreitende Polizei an. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 13. Febr. Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes. Anwesend waren 8 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 50, 56 Pfg., Rindfleisch 60, 64, 66, 68 Pfg., Schweinefleisch 64, 66, 68 Pfg., Kalbfleisch 64, 66, 68 Pfg., Hammelfleisch 60, 70 Pfg. — Marktpreise in der Woche vom 6. bis 13. ds. Mts.: Viktualien: Fleisch: 500 Gramm Ochsen 64, 72 Pfg., Rind 64, 68 Pfg., Hammel 60, 70 Pfg., Schweine 64, 68, geräuchert 85 Pfg., Kalb 64, 66, 68 Pfg.; Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 Gr. schwarzes 46 Pfg.; Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20 Pfg., 1 Liter Erbsen 18 Pfg., Bohnen 18 Pfg., Linsen 30 Pfg., 500 Gr. Reis 32 Pfg., Gerste 28 Pfg., Gries 24 Pfg., 50 Kilo Kartoffeln 3.30 Mk., 500 Gramm Butter 1.10 Mk., Rindschmalz 1.20 Mk., Schweineschmalz 85 Pfg., 1 Liter Milch 18 Pfg., 6 Stück Eier 54 Pfg., 1 Liter saurer Rahm 80 Pfennig. — Sonstige Naturalien: 1. Kftr. Waldbuchenholz 42.—, Waldtannenholz 32.— Mk., 50 Kilo Heu 2.80, Stroh 2.20 Mk. Fische: 500 Gramm Aal 0.— Mk., Barsch 75 Pfg., Hecht 1.30 Mk., Brefen 75, Weißfisch 70 Pfg., Karpfen 1.—, Schleien 0.— Mk., Rothaugen 30, Kreesch 40, Schellfische — Pfg.

Ettlingen, 16. Febr. Fleischtaxe für die Stadt Ettlingen vom 16. bis mit 29. Februar 1892 nach den schriftlichen Anmeldungen der hiesigen Metzger. Alles per ½ Kilo. Fenny E. Wtb. Schneider Ochsenfleisch —, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 66, Hammelfleisch — Pfg.; Eduard Stein Ochsenfleisch —, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 66, Hammelfleisch — Pfg.; Christian Brisch Ochsenfleisch 70, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 68, Hammelfleisch 60—70 Pfg.; August Scherer Ochsenfleisch 68, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 66, Hammelfleisch — — Pfg.; Adolf Stein Ochsenfleisch —, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 66, Kalbfleisch 68, Hammelfleisch — Pfg.; Eduard Reich Ochsenfleisch 72, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 66, Hammelfleisch — Pfg.; Sigm. Michel Ochsenfleisch —, Rindfleisch 54, Schweinefleisch —, Kalbfleisch —, Hammelfleisch — Pfg.; Hermann Lauer Ochsenfleisch 72, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 66, Kalbfleisch 66, Hammelfleisch — Pfg.; Wilhelm Schindler Ochsenfleisch —, Rindfleisch —, Schweinefleisch —, Kalbfleisch —, Hammelfleisch — Pfg.; Gebrüder Williard Ochsenfleisch 64, Rindfleisch 60, Schweinefleisch 60, Kalbfleisch 60, Hammelfleisch 50—70 Pfg.

Durlach, 13. Febr. 50 Kilo Gerste 0.— Mk., Hafer alter 0.—, neuer 7.50 Mk. Einfuhr 500 Kilo. Verkauft 500 Kilo. Aufgestellt bleiben — Kilo. ½ Kilo Butter 0.95 Mk., 10 Eier 60 Pfg., 20 Liter neue Kartoffeln 1.20 Mk., 50 Kilo neues Heu 2.70 Mk., 50 Kilo Roggenstroh 180ler 1.80 Mk., 4 Ster Buchenholz (vor's Haus geliefert) 46 Mk.

Mannheim, 15. Febr. (Produktenbörse.) Weizen per März 21.05, per Mai 21.20, Roggen per März 21.10, per Mai 21.60. Hafer per März 14.50, per Mai 15.00. Mais per März 12.50, per Mai 12.20. Tendenz: fester.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Freiburg, 13. Febr. (Fruchtpreise.) Weizen p. 2 Ctr. 24.—, 23.80, 23.50 Mk., Halbweizen 20.50, —.—, —.— Mk., Roggen 19.50, 19.33, 19.— Mk., Molzer 17.50, —.—, —.— Mk., Gerste 15.20, 15.11, 15.— Mk., Hafer 15.—, —.—, —.— Mk. Verkauft wurden: Weizen 3262 Kilo, Halbweizen 148 Kilo, Roggen 633 Kilo, Molzer 800 Kilo, Gerste 350 Kilo, Hafer 154 Kilo. Summa 5347 Kilo. Erlös 1144 Mk. 83 Pfg.

Freiburg, 11. Febr. Auf dem heutigen Viehmarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 1 Farren, 288 Ochsen, 96 Kühe, 90 Kalbinnen, 100 Stück Jungvieh und 3 Kälber, zusammen 548 Stück. Hiervon wurden ungefähr verkauft: 145 Ochsen, 48 Kühe, 55 Kalbinnen und 68 Stück Jungvieh, zusammen 316 Stück. Die Durchschnittspreise für je 1 Ochsen betrugen etwa 180—420 Mk., für je 1 Kuh 170 bis 350 Mk., für je 1 Kalbin 175—250 Mk., für je 1 Stück Jungvieh 90—175 Mk. Der Verkehr war kein lebhafter und die Kauflust keine große. Die Preise für Ochsen sind eher etwas im Rückgange begriffen.

Freiburg, 13. Febr. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 20 Läufer und 123 Ferkel, wovon 15 Läufer à 20—32 Mk. per Stück und 292 Ferkel à 10—20 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind für Ferkel im Steigen begriffen.

Straßburg, 15. Febr. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 41 Ochsen 128—138 Mk., 162 Kühe 110—120 Mk., 29 Kuhviertel 110—118 Mk., 6 Stiere 110—114 Mk., 70 lebende Schweine 108 bis 110 Mk., 0 geschlachtete Schweine ——— Mk., 26 lebende Hämmel 136—144 Mk., 0 geschlachtete Hämmel —— bis — Mk., 40 lebende Kälber 148—156 Mk. Alles für 100 Kilo.

Frankfurt, 15. Febr. Die neue Woche eröffnete mit befestigten Kursen. Es scheint, daß die letzten großen Verkäufe der Wiener Großspekulation eine Gegenströmung erzeugten, oder daß einzelne dieser Spekulanten, so wie wir dies schon in unserem jüngsten Wochenbericht in Aussicht stellten, bereits das Preisniveau für eine neue Aufwärtsbewegung geeignet erachten. Die Berliner Abgaben wurden heute, ohne Eindruck auf die Kurse zu üben, von Wien aus paralysirt und die Kurse der unlängst am stärksten geworfenen Bahnen und Banken zogen nennenswerth an. Oesterreichische Kreditaktien waren bevorzugt, auch Diskontoantheile konnten ihren Kurs nachhaltig in stärkerem Maße erhöhen. Am meisten profitirten Oesterreichische Bahnen durch Deckungskäufe; Staatsbahn und Lombarden sehr bevorzugt. Böhmische Werthe ebenfalls erholt. Montanpapiere lagen theilweise ziemlich schwach, Bochumer niedriger. Ausländische Staatsfonds vorwiegend behauptet, Serben wiederum matter, ferner Russenwerthe schwach, auch Mexikaner etwas niedriger. Schluß fest.

Stadt Paris 500 Fr.-Loose vom Jahre 1876. Ziehung am 10. Febr. Auszahlung am 25. Febr. 1892. Hauptpreise: Nr. 140790 100,000 Fr. Nr. 69228 10,000 Fr. Nr. 51910 5000 Fr. Nr. 1192 63067 73852 78816 90519 103790 156292 165298 197085 243006 je 1000 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 500 Fr. (Ohne Gewähr.)

Konkurse. Friedrich Keller, Hutmacher in Pfullendorf, Eröffnungstermin 6. Febr., Anmeldefristablauf 27. Febr., 1. Gläubigerversammlung 5. März, Prüfungstermin 5. März. — Wilhelm Fischer, Techniker, Inhaber der Firma Kippenhan und Fischer in Mannheim, 9. Febr., 12. März, 26. Febr., 29. März. — Josef Wohlschlag, Krämer in Wehr, Amt Schopfheim, 8. Febr., 9. März, 21. März, 21. März. — Wilhelm Vorle, Schreinermeister in Freiburg, 8. Febr., 1. März, 8. März, 8. Mär.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 13. Febr. Dr. Karl Sartori von Wien, prakt. Arzt in Rothweil, mit Maria Armbruster von Offenburg. — 15. Febr. Ernst Eisele von Müllingen, Schuhmacher hier, mit Katharina Baudermann von Kirchenfeld. — Karl Beck von Dühren, Sattler hier, mit Katharina Bitterer von hier.

Geburten: 10. Febr. Bertha, Vater Maximilian Gierich, Aufseher. — 13. Febr. Karl Eduard, Vater Eduard Weingärtner, Schmied. — Elise Katharine, Vater Johann Reichert, Schneider. 14. Febr. Hermann Bernhard, Vater Franz Geppert, Schreiner. — Emilie Philippine, Vater Heinrich Laub, Schlosser. — Hubert Heinrich, Vater Dr. phil. Joh. Karl Krempf, Postsekretär. — Frieda Franziska, Vater Mich. Schon, Schneider. — Hermann, Vater Hermann Wider, Bierbrauer. — Pauline Albertine, Vater Emil Ludwig Bauer, Schneider.

Todesfälle: 12. Febr. Antonie, alt 3 Monate 9 Tage, Vater Josef Kirrmann, Maurer. — Franz, alt 3 Monate 13 Tage, Vater Santo Pizzardini, Steinhauer. — Johann Hirschberg, Buchdrucker, ledig, alt 39 Jahre. — 13. Febr. Karl, alt 1 Jahr 11 Monate 15 Tage, Vater Oskar Wolbert, Blechner. — Wilhelm Kremer, Buchbinder, ledig, alt 22 Jahre. — Elise, alt 2 Jahre, Vater Valentin Rothfuß, Bäcker. — August, alt 12 Jahre, Vater August Steinmann, Kaufmann. — Emil Griesbaber, Mechaniker, ledig, alt 30 Jahre. — 14. Febr. Wilhelm, alt 3 Monate 18 Tage, Vater Joh. Burgbacher, Fabrikarbeiter.

Bekanntmachungen, Versteigerungen 2c.

Zu verpachten. 29 Ar 61 Meter Acker am Rohrackerweg, neben E. Sprenger und Jos. Herling Wittwe. 6 Ar 84 Meter Acker am Binsenbuckel, neben F. X. Vögele Wittwe und Frz. Jos. Heißler. 23 Ar 40 Meter Acker im Hägenich, neben der Gemeinde und Jos. Rüßler. 3 Ar 51 Meter Weinberg im untern Mittelberg, neben Anköfer und Hermann Korn, welcher auch billig angekauft werden kann. Ettlingen den 11. Febr. 1892. Waisenrichter Becker.

F. Trabold,
A. Becker's Nachf.,
Juwelier, Gold- und Silberarbeiter,
Karlsruhe,
102 Kaiserstraße 102.
Reichhaltiges Lager in
Juwelen, Gold- und Silberwaaren,
Corall- und Granatschmuck.
Renommirte Reparaturwerkstätte.
Vergoldung und **Versilberung** zu den billigsten Preisen. 3.1

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe, 19
Gebelstraße 24.

Winter-Schuhe
zu
bedeutend
ermäßigten
Preisen.
N. A. Adler,
141 Kaiserstraße 141.

Das älteste und grösste
Bettfedern-Lager
William Lübeck in Altona
versendet zollfrei gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pfd.) gute neue Bettfedern für 60 Pf. das Pfd., vorzüglich gute Sorte M. 1.25, prima Halbdaunen nur M. 1.60 und 2 M., [8.4
reiner Flaum nur M. 2.50 u. 3 M. Bei Abnahme von 50 Pfd. 5 pCt. Rabatt. Umtausch bereitwilligst. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und 2 Kissen) prima Inletstoff auf's Beste gefüllt einschläfig 20, 25, 30 und 40 Mk., zweischläfig 30, 40, 45 und 50 Mk.

Verzinkte Drahtgeflechte
in bekannten prima Qualitäten für Einfriedigungen aller Art, nach **jeder beliebigen Maaßangabe.**
Raschste Bedienung, billigste Preise bei 20.7
Heinrich Weihrauch,
Drahtflechterei,
Eberbach (Baden).

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE.

Offene Lehrstelle.
Suche für mein Thee- und Delikatessen-Geschäft einen jungen Mann aus besserer Familie mit guter Schulbildung in die Lehre. Eintritt pr. 1. April, event. auch früher. 3.1
Ed. Messmer, Baden-Baden.

Herder'sche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau.
Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:
Gietmann, G., S. J., Die Aussprache des Englischen in systematischer Vollständigkeit, einschließlich der Regeln über Quantität und Accent. 8°. (IV u. 108 S.) M. 1.40
Kraß, Dr. M., und Dr. H. Landois, Der Mensch und die drei Reiche der Natur. In Wort und Bild für den Schulunterricht in der Naturgeschichte dargestellt. gr. 8°.
Erster Theil: Der Mensch und das Thierreich. Mit 195 eingedruckten Abbildungen. **Zehnte, verbesserte Auflage.** (XII u. 244 S.) M. 2.10; geb. in Halbleder mit Goldtitel M. 2.45. — Früher ist erschienen:
Zweiter Theil: Das Pflanzenreich. Mit 213 eingedruckten Abbildungen. Sechste, verbesserte Auflage. (XII u. 218 S.) M. 2.10; geb. in Halbleder mit Goldtitel M. 2.45.
Dritter Theil: Das Mineralreich. Mit 87 eingedruckten Abbildungen. Vierte, verbesserte Auflage. (XII u. 132 S.) M. 1.40; geb. in Halbleder mit Goldtitel M. 1.75.
Lorscheid, Dr. J., Lehrbuch der anorganischen Chemie mit einem kurzen Grundriß der Mineralogie. Mit 229 in den Text gedruckten Abbildungen und einer Spektraltafel in Farbendruck. Zwölfte Auflage von Dr. H. Hovestadt. gr. 8. (VIII u. 364 S. und 3 Tabellen.) M. 4; geb. in Halbleder mit Goldtitel M. 4.45.
Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe**. Herrenstraße 34.

Bei **Le Roux** in **Strassburg** erschien soeben:
Beschimpfung der evangelischen oder katholischen Kirche?
Geschichte einer viermal vor Gericht erschienenen Predigt über das heilige Sakrament der Ehe von J. Bechtold, Pfarrer in Thannweiler. 48 S. kl. 8°. M. —.50. 2.2
Zu beziehen durch die
Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe**. Herrenstraße 34.

Zum Carneval!
In den nächsten Tagen erscheint Lieferung 1 und 2 des II. Bandes von:
Der fidele Pfälzer,
Humoristische Vorträge, Theater etc. in Pfälzer Mundart.
Preis à Lieferung **nur 50 Pfg.** 5.2
Gegen Einsendung von **60 Pfg.** pro Lieferung sende franko.
Aeußerst humoristisch!
Aug. Gotthold's Verlag, Kaiserslautern.
Ausführlicher Katalog unserer sonstigen humoristischen Literatur **gratis**.

Hohenlohe'sches Hafermehl,
beste Kindernahrung,
wird in stets frischer Waare angelegentlichst empfohlen. 3.1
Zu haben in allen besseren Geschäften.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Ladenwechsel sämmtlicher
Schuhwaaren
zum Fabrikpreise. 40.1
Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.
Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.
Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.
Vom 23. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise
227 Kaiserstrasse 227.

Anzeige und Empfehlung.
Einer tit. hiesigen Einwohnerschaft, sowie der ganzen Umgegend der Residenzstadt **Karlsruhe** zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich das bis dahin innegehabte, alt-renommirte
Gasthaus zum König von Preussen
auch fernerhin im Betrieb behalten werde.
Durch einen neuen, günstigen Miethvertrag bin ich in der Lage, meinen werthen Stammgästen, Freunden, Bekannten und jedem Besucher meines Gasthofes in jeder Weise auf's Beste entgegenzukommen. 6.4
Neben guten reinen Weinen in jeder Preislage und Ausschank eines vorzüglichen Lagerbiers vom Faß und in Flaschen aus der Brauerei Moninger, empfehle ich eine gute, bürgerliche Küche.
Indem ich billige und aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich um zahlreichen Besuch.
Karlsruhe, den 23. Januar 1892.
Christian Schneckenburger.

Ausverkauf wegen Lokalwechsel!
Um mein mit den neuesten Mustern ausgestattetes, großes Lager in **Gold- und Silberwaaren** zu räumen, verkaufe ich sämmtliche Waaren mit einem Preisnachlasse von
10 Prozent.
Indem ich meine werthe Kundschaft auf diese **billige Einkaufsgelegenheit** aufmerksam mache, empfehle ich mein Lager besonders für passende 3.2
Confirmations-Geschenke.
Hochachtungsvollst
H. Reudter, Juwelier und Goldarbeiter.
Reparaturen schön, schnell und billigst.

Karlsruher Colosseum,
Waldstraße.
Dienstag, den 16. Februar 1892:
Grosse Gala-Vorstellung
mit ganz neuem Künstler-Personal.
Nur Künstler I. Ranges.
Auftreten von Miss **Emilie** und **Therese**, Luft-Trapezkünstler.
" von **Abra** und **Williani**, Jongleur und Equilibristen, Assistent von Miss **Virgini**.
" von Herrn **Hela**, Concert-Schnellmaler. Einzig in seiner Art.
" von Frl. **Weldowsky**, weiblicher Komiker.
" von **Berghini**, Truppe Acrobaten.
Anfang 8 Uhr.
Alles Nähere Plakate.

Theater- und Maskengarderobe.
Neue elegante
Costüme und Dominos
für Herren und Damen
sind leihweise zu haben bei 5.3
Karl Kah,
Maskenverleihgeschäft, Karlsruhe, 45 Herrenstraße 45.

Ausverkauf
wegen **Lokalwechsel.**
Damen- und Kinderhemden u. Hosen, Damen-Nachtjacken, Damen- und Kinder-Schürzen | wegen gänzlicher Aufgabe des Artikels zu Herstellungs-Preisen.
Herren-Hemden, Jacken, Hosen, Kragen, Manschetten, Cravatten 2c. 2c. | mit 10 Prozent Rabatt.
4.3
Adolf Honsel, 227 Kaiserstraße 227.

Beicht- und Kommunion-Zettel
mit **Ortsnamen** und **Jahreszahl**, auf **blauem** Papier Mark 2.—,
" " " " **weißem** " " 2.—,
" " ohne " " " " 1.50,
ohne " und " " " " 1.—,
pro 1000 Stück liefert schnellstens
Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe.

Katholischer Männerverein
Constantia.
Mittwoch, den 17. d. M., Abends 8¼ Uhr,
Vereinsabend mit Vortrag
über: **Die Grundsätze auf welchen die Gesetzgebung über das Unterrichts- und Schulwesen in den deutschen Staaten beruht.**
Am Mittwoch, den 24. ds. Mts., Vortrag:
Rückblick auf die Revolution am 24. Februar 1848 in Paris und ihre Folgen.
Mitglieder, sowie Freunde des Vereins werden zu diesen Vorträgen höflichst eingeladen.
Der Vorstand.

Ein ordentlicher Junge, der Lust hat, die **Bäckerei** zu erlernen, kann sofort oder später eintreten. **Waldhornstraße 38.**

Kaiser-Panorama.
99 Kaiserstraße 99.
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg. Kinder 20 Pfg.
Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.
Vom 14. Februar bis mit 20. Februar:
III. Reise am schönen Rhein.
Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler 10 Pfg.

Theater in Baden.
Mittwoch, 17. Februar. 29. Abonnem.-Vorstellung. **Die Großstadtluft.** Schwank in 4 Akten von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg. Anfang ½ 7 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse
vom 15. Februar 1892.

	Staatspapiere.	
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.90 85
3½ "	" " "	99 —.
3 "	" " "	84.10 84
4 "	Preuss. Konsols	106.80.
3½ "	" "	99.—
3 "	" "	84.10.
4 "	Bayer. Abl.-Rente fl.	102.40 50
4 "	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105 30,
4 "	Badische Obligationen fl.	102.40.
4 "	" " v. 1886	1174.6.90
4 "	Oest. ⁴⁄₅-Sch. Gold Elisab.	97.80.70
4 "	" Goldrente fl.	95.60.50
4⅕ "	" Silberr. "	81 85.90
4⅕ "	" Papier. "	81.10.
4 "	Ungar. Goldrente "	92.70.60
5 "	" Papierrente	89.80.
5 "	Russ. Gold-Anleihe fl.	—
4 "	Span. ausl. Rente	65 —.
5 "	Italien. Rente	90.40.
5 "	Serbien. Goldrente	79 —.
5 "	Sachsen. St. E. Hyp. Obg.	82.—.
	Bank-Aktien.	
4½ %	Deutsche Reichsbank	145,30.20
4 "	Badische Bank	112.50.
4 "	Darmstädter Bank	—
5 "	Oest. Kreditb. (Ultimo)	261⅛,1⅛,
4 "	Rhein.	116 20 15
4 "	Deutsche Bank	156 —.
4 "	Deutsche Union-Bank	88,—.
	Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	40 50 40
4 "	Hessische Ludwigsb.	112 50.40
4 "	Ludwigsh.-Bexbach fl.	228 —.
4½ "	Pfälzer Maxbahn	143 40.
4 "	" Nordbahn	114 50 70
	Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	77⅛.
5 "	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	245⅛,
5 "	Nordwestb. fl.	178⅛,
4 "	Lit. B. Elbthal "	197 8,7
5 "	Schweiz. Centralb. Fr.	128 70.27
4 "	Gotthardbahn "	135.80 90
	Prioritäten.	
5 %	Albrecht ö. W. 300 fl.	89.80.
5 "	" in Gold 400 M.	104,55.
5 "	Oesterr. Südbahn	104 20,
5 "	" " 1871	—
5 "	" Ung.-Staatsb. 1878	107 20 15
3 "	" Staatsb. 1.—8. Em.	85.10.
3 "	" " 9. Em.	82 30.
4 "	" " Ergänz.	81,80.
5 "	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.90 75
	Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	157 —.
3½ "	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 50,
4 "	Bayerische 100 Thlr.	144.70,
4 "	Badische 100 Thlr.	139 —.
4 "	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128 20.
3 "	Oldenburger 40 Thlr.	130 20,30
4 "	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	122 40.
5 "	" v. 1860 ö. W. 500 fl.	124.40,50
	Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
	Braunschweiger 20 Thlr.	105,
	Augsburger 7 fl.	—.
	Ansbacher 7 fl.	43.10.
	Meininger 7 fl.	27.50 40
	Pappenheimer	28 60.
	Freiburger 15 Fr	19,—.
	Mailänder 45 Fr.	42 90.
	" 10 Fr.	19.10,20
	Wechsel. K. S.	
	Amsterdam 100 fl.	168.60.65
	Antwerpen 100 Fr.	80.65,
	Schweiz 100 Fr.	80,75,
	Wien 100 fl. ö. W.	172 25,
	Paris 100 Fr.	81 80,95
	London	20.43.
	Pfandbriefe.	
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100 50,40
3½ "	" "	95.—,
4 "	Bayer.	102.10.
4 "	Württemb.	102.1.90
	Verfallene Coupons.	
	Oesterr. Papier	172.
	Amer. U. St. u. R. R.	4.17
	Goldsorten.	
	20-Franken-Stücke	16.23 - 19
	" in ½	16.22 - 18
	Dukaten	9.70 - —
	" al marco	9.73 —
	Engl. Souvereigns	20.28 - 24
	Russ. Imperials	16.70 — 65
	Gold-Dollars	4.20 — 16

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Rüttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.